Einzelpreis 20 gr

Posener Tageblatt

Bezugspreis: Postbezug (Polen und Danzig) 4.39 zł. Posen Stadt in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 4 zł, durch Boten 4.40 zł, Provinz in den Ausgabestellen 4 zł, durch Boten 4.30 zł. Unter Streifband in Polen und Danzig 6 zł, Deutschland und übriges Ausland 2.50 Rm. Einzelnummer 0.20 zł. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die Schriftleitung des „Posener Tageblattes", Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernsprecher 6105, 6275. Telegrammanschrift: Tageblatt Poznań. Postscheckkonto in Polen Poznań Nr. 200 283 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo Poznań). Postscheckkonto in Deutschland: Breslau Nr. 6184.



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 15 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr, Deutschland und übriges Ausland 10 bzw. 50 Goldpfennig. Platzvorschrift und schwieriger Satz 50% Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: „Kosmos" Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Postscheckkonto in Polen: Poznań Nr. 207 915, in Deutschland: Berlin Nr. 156 102 (Kosmos Sp. z o. o. Poznań). Gerichts- und Erfüllungsort auch für Zahlungen Poznań.

73. Jahrgang | Freitag, 26. Januar 1934 | Nr. 20

Riesige Waffenfunde in Niederösterreich

30 sozialdemokratische Gemeindeangestellte verhaftet

Wien, 24. Januar. Die Sicherheitsbehörden von Niederösterreich haben verschiedene vertrauliche Anzeigen erhalten, daß in Gebäuden, die der sozialdemokratischen Stadtgemeinde Schwechat bei Wien gehören, so im Städtischen Bad und in Wirtschaftsgebäuden, Waffen des aufgelösten republikanischen Schutzbundes verborgen sind, der bekanntlich die Organisation der Sozialdemokraten war.

Bei einer den ganzen Mittwoch vormittag andauernden Haussuchung wurden in Schwechat 40 Maschinengewehre, 70 Gewehre, 200 bis 300 Handgranaten, davon 100 scharf geladen, rund 38 000 Schuß Infanteriemunition und sämtliches Material gefunden und beschlagnahmt.

Bisher sind 30 Personen verhaftet worden, sämtlich Funktionäre des Schutzbundes und Gemeindeangestellte. Die Untersuchung geht noch weiter.

Am 30. Januar Reichstag

Berlin, 25. Januar. Das Hauptbüro des Reichstages teilt mit:

Am Dienstag, 30. Januar, nachmittags 3 Uhr Zusammentritt des Reichstages mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Im Zeichen der Abrüstung

Die Bausumme für die französischen Ostbefestigungen um 700 Millionen Franks überschritten

Paris, 25. Januar. Laut „Petit Parisien" hat Kriegsminister Daladier am Mittwoch vor dem Finanzausschuß der Kammer die Höhe der Kreditüberschreitungen bei den Befestigungsbauten an der Ostgrenze mit 700 Millionen Francs angegeben.

Gescheiterter „Proteststreik" der Kommunisten

Warschau, 25. Januar. Der von kommunistisch eingestellten Elementen für den gestrigen Mittwoch angekündigte „Proteststreik" gegen das neue Sozialversicherungsgesetz ist völlig gescheitert. In Warschau arbeiteten sämtliche Fabriken, ebenso in den kleineren Städten des Lodzer Industriebezirks. Eine Ausnahme bildete Lodz selbst, wo von 60 000 Arbeitern 3000 streikten. In allen übrigen Industriebezirken ging die Arbeit ganz normal vonstatten. Die Ruhe ist nicht gestört worden.

Englisch-italienische Vermittlung in der Abrüstungsfrage

London, 25. Januar. In dem Kabinettsrat am Mittwoch, so berichtet der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph", sei die Ansicht zum Ausdruck gekommen, daß England und Italien weiterhin Vermittlungsdienste auf diplomatischem Wege in der Abrüstungsfrage leisten wollten. Von der sofortigen Einberufung einer Vier-Mächte-Konferenz sei nicht die Rede gewesen.

Der politische Korrespondent der „Morningpost" will wissen, daß auf der Mittwoch-Sitzung des Kabinetts Einmütigkeit über den Inhalt des neuen britischen Abrüstungsvorschlages, der die gegensätzlichen Auffassungen Frankreichs und Deutschlands versöhnen solle, erreicht worden sei. Der Korrespondent betont, daß die diplomatischen Abrüstungsverhandlungen auf englischer Seite einzig und allein in den Händen von Sir John Simon liegen.

Der politische Berichterstatter der „Daily Mail" meldet, daß das Kabinet beschlossen habe, nächste Woche beim Wiederzusammentritt des Parlaments eine endgültige Erklärung über die Abrüstungspolitik abzugeben. Die Regierung werde darin die Fortsetzung der diplomatischen Erörterungen anregen. Am Donnerstag soll der Abrüstungsausschuß des Kabinetts eine Sitzung abhalten, um die Einzelheiten dieser Erklärung zu besprechen.

Die Pariser Presse nicht befriedigt

Paris, 25. Januar. Die aus London vorliegenden halbamtlichen Meldungen über eine Vermittlung in der Abrüstungsfrage, die die britische Regierung in Berlin und Paris versuchen könnte, befriedigen die französische Presse keineswegs. Der „Excelsior" bezeichnet die Erfolgsaussichten der britischen Vermittlung als mittelmäßig. Zweifellos mache sich Macdonald selbst gar keine Illusionen über sein Vermittlungsanerbieten. Er würde wohl in große Verlegenheit geraten, und die Beunruhigung der öffentlichen Meinung in England würde wohl noch größer sein, wenn Frankreich diese Anregung unter der Bedingung annehmen würde, daß England schwarz auf weiß die Verantwortung für alle möglichen Folgen übernehmen würde.

Aehnlich skeptisch äußert sich „Figaro", der schreibt, der englische Vermittlungsvorschlag laufe darauf hinaus, eine Reihe der deutschen Verteidigungsmaßnahmen ohne die geringste Gegenleistung, nur um der Liebe zur Freiheit willen, zu erlauben.

„Le Jour" bringt einen mit drei Sternen gezeichneten Artikel, der vermutlich von einer hohen literarischen Persönlichkeit geschrieben ist. Eingangs wird darin bemerkt, daß der oberste Kriegsrat und der oberste Verteidigungsrat nicht um die neuen Abrüstungspläne um Rat gefragt worden seien. Die genannten Stellen hätten im vorigen Jahre doch einen Mindestrüstungsplan aufgestellt, unter dem Frankreich unter den gegebenen Sicherheitsbedingungen nicht hinuntergehen dürfe. Dieser Mindestplan sollte ohne die Zustimmung der beiden erwähnten Räte keine Veränderung erfahren.

Oesterreichischer Schritt in Berlin

Vor einer Richtigstellung österreichischer Behauptungen

Berlin, 24. Januar. Ausländische Blätter haben in den letzten Tagen wiederholt gemeldet, die österreichische Regierung habe sich an den Völkerbundsrat gewandt, um dort das deutsch-österreichische Verhältnis zur Sprache zu bringen.

Zu diesen Nachrichten ist zunächst darauf hinzuweisen, daß der österreichische Bevollmächtigte in Genf selbst in Abrede stellt, bei seinem letzten Besuch bei dem Generalsekretär des Völkerbundes andere Dinge als rein österreichische Fragen zur Sprache gebracht zu haben.

Richtig ist, daß der österreichische Gesandte im Auswärtigen Amt im Auftrage seiner Regierung vorstellig geworden ist und eine Reihe von Beschwerdepunkten über angebliche Einflußnahme gewisser reichsdeutscher Kreise auf die nationalsozialistische Bewegung in Oesterreich zur Sprache gebracht hat, mit dem Hinweis, daß Oesterreich sich an den Völkerbund wenden würde, falls diesen Beschwerden nicht Rechnung getragen weren sollte.

Die einzelnen Behauptungen werden zurzeit in Berlin geprüft und, wie jetzt schon gesagt werden kann, auf Grund des Ergebnisses dieser Prüfungen binnen kurzem nachdrücklich richtiggestellt werden.

Der Kreis um Stavisky

Die Kunst, mehr auszugeben, als man verdient

Paris, 25. Januar. Nach einer Meldung des „Journal" aus Bayonne soll der verhaftete Direktor der Versicherungsgesellschaft „Confiance", Guzbin, nicht nur mit Stavisky unter einer Decke gesteckt haben, sondern sogar einer der Anstifter der Betrugsangelegenheit gewesen sein. Gue'bin soll die Anweisung gegeben haben, in Bayonne für mehrere Millionen Francs falsche Kassengutscheine auszustellen, die er Gue'bin, dann bei Banken und Versicherungsgesellschaften untergebracht habe. Gue'bin habe jährlich 600 000 Fr. (rd. 200 000 Zloty) als Direktor seiner Versicherungsgesellschaft verdient, aber monatlich 120 000 Francs ausgegeben.

Der Bayonner Skandal-Taxator verhaftet

Paris, 25. Januar. Der Taxator des Bayonner Leihhauses, Henri Cohen, wurde am Mittwoch verhaftet. Er soll Schmucksachen, die höchstens 39 500 Francs Wert hatten, zur Beleihung mit 1 800 000 Francs abgeschätzt haben. Cohen erklärt, die ihm jetzt vorgelegten Schmucksachen seien nicht mit denen identisch, die ihm seinerzeit zur Abschätzung vorgelegt worden wären.

Paris, 25. Januar. Fünf Personen, die wegen Erpressung oder Betruges zu Gefängnis verurteilt wurden, waren bisher auf Grund irgendwelcher Entschuldigungen auf freiem Fuß belassen worden, sind jetzt verhaftet und zur Verbüßung ihrer Strafen ins Gefängnis eingeliefert worden.

In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß diese Maßnahme auf die Kritik zurückzuführen ist, die im Zusammenhang mit dem Stavisky-Skandal an der französischen Justiz wegen der Verschleppungstaktik geübt wurde.

Paris, 25. Januar. Das Pariser Strafgericht verurteilte einen Teilnehmer an den Kundgebungen vor dem Kammergebäude vom 22. Januar zu zwei Monaten Gefängnis und 50 Francs Geldstrafe. Die Anklage lautete auf öffentliche Sachbeschädigung.

Paris, 25. Januar. Der Vollzugsausschuß der radikalen Partei hat beschlossen, den Ausschluß des radikalen Abg. Bonnaures zu beantragen. Bonnaures ist in den Stavisky-Skandal verwickelt. Die Kammer hat seine parlamentarische Immunität bereits aufgehoben.

Dollfuß' Polizei gegen Demonstranten machtlos

Freistadt (Oberösterreich), 25. Januar. Anläßlich des bekanntgewordenen Abschubs einer größeren Anzahl von Parteigängern kam es am Mittwoch abend in Freistadt zu schweren Unruhen. Eine vielhundertköpfige Menge, die sich auf dem Hauptplatz eingefunden hatte, empfing die Sicherheitsorgane mit Schmährufen. Sie versuchte, die Abfahrt der bereitgestellten Lastkraftwagen zu verhindern. Einige Frauen warfen sich vor die Wagen. Die Gendarmerie und die aufgebotenen Hilfspolizeiabteilungen wagten angesichts der starken Erbitterung und drohenden Haltung der Menge nicht, einzuschreiten. Die Menge blieb bis in die späten Nachtstunden wie eine Mauer beisammen und sang wiederholt das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied. Die Abfahrt der Kraftwagen mußte auf den frühen Morgen verschoben werden. Wie verlautet, soll der Bezirksamtmann von Freistadt sowie der Gendarmeriekommandant vom Dienst enthoben werden. Freistadt liegt fast an der tschechoslowakischen Grenze und ist zum größten Teil von Landbevölkerung bewohnt.

*

Wie von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, wurden am Mittwoch zehn weitere Nationalsozialisten aus Innsbruck in ein Konzentrationslager überführt. Auch aus Vorarlberg werden zahlreiche Verhaftungen von Nationalsozialisten gemeldet.

Völkerbundskrise und Nationalitätenrecht

(Von unserem Wiener Mitarbeiter)

Die Rückwirkungen des Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund auf die Lage der auslanddeutschen Volksgruppen beschäftigt immer wieder die Oeffentlichkeit. In der „Reichspost", dem Organ der christlich-sozialen Partei Oesterreichs, wurde neulich auf angebliche Nachteile hingewiesen, die den deutschen Volksgruppen durch den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde entstanden seien. Die ebenfalls in Wien erscheinende „Europäische Nationalitäten-Korrespondenz" schreibt hierzu:

„Daß das Fehlen des Vertreters des Deutschen Reiches in Genf für die deutschen Volksgruppen zu einer neuen Situation geführt hat, dieses haben auch wir kürzlich vermerkt. Doch scheint uns andererseits, daß durch die neuerliche Wendung die ganze Bewegung zu einer Reorganisation des Völkerbundes erstmalig in Fluß geraten sei. An einer Reorganisation des Völkerbundes sind die Nationalitäten aller Volkszugehörigkeit in ganz besonderem Maße interessiert. In der Tat, sie können heute mit Recht erklären, daß sie es waren, die während der letzten Jahre die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit immer wieder auf die Unzulänglichkeit der bestehenden Genfer Ordnung hingewiesen haben. Ihre Aufgabe wird es nun auch in den künftigen Wochen und Monaten sein, an der Bewegung zu einer Aenderung und Verbesserung der Genfer Organisation, der Art des Genfer Verfahrens, teilzunehmen. Gerade sie werden heute, bei besseren Bedingungen als bisher, ihre Vorschläge erneut vorbringen können; denn niemand wird jetzt, wie noch bis vor kurzem, behaupten dürfen, daß die Frage einer Verbesserung der Organisation in Genf nur eine künstlich aufgeworfene Frage der Feinde des Friedens unter den Völkern darstelle."

In diesem Zusammenhang ist eine Kritik am Völkerbunde in der Nationalitätenfrage von Interesse, die Dr. E. v. Jakabffy, der Führer der ungarischen Minderheit in Rumänien, in der letzten Nummer der von ihm geleiteten Zeitschrift „Die Stimme der Minderheiten" (Lugos) vornimmt. Nachdem er die ganze Unzulänglichkeit des Vorgehens des Völkerbundes den Minderheiten gegenüber zusammenfassend dargelegt hat, erklärt er: „Eine derartige Behandlung unserer Sache erweckte in jedem unbefangenen Politiker Europas die Ueberzeugung, daß der Völkerbund in seinem gegenwärtigen Gefüge unhaltbar ist. Denn wenn eine solche internationale Institution binnen dreizehn Jahren keine Mittel und Wege fand, einer ihrer wichtigsten Aufgaben nachzukommen, so ist sie nunmehr unzweifelhaft nicht Verteidiger einer Universalidee, sondern dient nur den Interessen einzelner . . ." Dr. Jakabffy schildert noch, wie das völlige Versagen des Völkerbundes bei Behandlung der Minderheiten-Petitionen, die Enttäuschung und Erbitterung in Minderheitenkreisen hierüber, vielfach dazu geführt haben, daß bei den Minderheiten jetzt die schärferen Strömungen die gemäßigteren zurückdrängten. Dr. Jakabffy schreibt: „Doch auch in dieser Phase der Minderheitenfrage bedeutet es keine Gefahr für die Staatsmächte, wenn diese die moralischen Triebfedern der Frage kennen lernen und einsehen, daß diese Phase eben die Folge ihrer bisher verfolgten unseligen Politik ist."

Der Völkerbund wird nur dann seine Aufgaben erfüllen können, wenn er — dieses wird heute in den verschiedensten Kreisen, die kürzlich noch anders dachten, eingesehen — eine Verbesserung im Sinne einer völligen Umgestaltung seiner früheren Ordnung erfährt. Die „Europäische Nationalitäten-Korrespondenz" denkt hier insbesondere auch an den Vorschlag, der die Zusammenfassung Europas im Rahmen der übrigen Mitglieder des Bundes zum Ziele hat. Gerade vom Standpunkte der Nationalitätenfrage gesehen, ist eine solche „Europäisierung" auf einer Reihe von Gebieten in besonderem Maße erforderlich. Die Nationalitäten jeder Volkszugehörigkeit werden nach wie vor für das Bestehen eines Völkerbundes und die inter-

nationale Garantie ihrer Rechte eintreten. Ein wirklicher „Bund der Völker“ soll jedoch, anders als bisher, in Struktur und Verfahren die Gewähr für eine Erfüllung der an ihn gestellten Aufgaben in weit höherem Maße als zuvor bieten.

Die diesmalige Tagung des Völkerbundsrates in Genf dürfte bereits erweisen, ob jetzt, nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde, die in dem Bunde verbliebenen Staaten sich der Sache der Nationalitäten mehr als bisher annehmen werden. Bei der diesmaligen Tagung des Rates übernimmt Herr Rosting seine Funktionen als der neue Leiter der Minderheiten-Sektion des Völkerbund-Sekretariats. Wir verzeichnen in diesem Zusammenhange mit Genugtuung, daß Herr Rosting bei dem Abschiedsbankett, das ihm zu Ehren in Danzig als dem früheren Völkerbundskommissar der Freistadt gegeben wurde, wie von deutscher so auch von polnischer Seite als erfolgreicher Vorkämpfer für die Verständigung und den Ausgleich gefeiert worden ist. Es ist zu wünschen, daß Herr Rosting in diesem Sinne auch in Genf auf seinem neuen Posten wirken wird. Anläßlich der Herbst-Session des Völkerbundes, als die Ernennung von Rosting zum Leiter der Minderheiten-Sektion des Völkerbunds-Sekretariates erfolgte, hat das Genfer polnisch beeinflußte Propagandablatt „Journal des Nations“ Rosting in dessen Danziger Tätigkeit in einer geradezu unerhörten Weise zu desavouieren gesucht. Ein Vorgehen, an dem sich der Pariser „Temps“ und verschiedene polnische Blätter durch die Wiedergabe der Aeußerungen des „Journal des Nations“ beteiligten.

Was die Nationalitäten von Rosting erwarten, ist, daß er in allen Fällen den Standpunkt des Rechtes wahrt und daß er sich mit Energie und Konsequenz jenen „praktischen Lösungen“ bei Behandlung der Minderheitenfragen widersetzt, wie sie an Stelle von Rechtsentscheidungen in Genf bisher üblich waren.

Empfang Lesters in Danzig

Danzig, 24. Januar. Der neue Danziger Völkerbundkommissar Lester, der am Mittwoch früh in Danzig eintraf, machte gegen Mittag seinen offiziellen Besuch beim Senatspräsidenten, beim Präsidenten des Hauptausschusses sowie beim diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig. Im Senatssitzungssaal hieß Senatspräsident Dr. Rauschning den Völkerbundkommissar namens der Danziger Regierung herzlichst willkommen. Der Senatspräsident wies darauf hin, daß der Völkerbundkommissar in einer Zeit nach Danzig komme, in der die Beziehungen zwischen der Freien Stadt Danzig und ihrer Nachbarrepublik Polen auf dem Wege direkter Verhandlungen mit Polen eine gewisse Entspannung erfahren hätten. Er, der Senatspräsident, hoffe, daß es auch ohne Inanspruchnahme der Organe des Völkerbundes gelingen werde, die noch nicht geklärten Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Staaten Danzig und Polen einer für beide Teile befriedigende Lösung entgegen zu führen. Völkerbundkommissar Lester dankte dem Senatspräsidenten aufrichtig und herzlich für seinen Willkommensgruß und betonte, daß er stolz und dankbar für die Berufung auf einen so ehrenvollen Posten sei. Er glaube, daß der Völkerbund in bezug auf Danzig nur den einen Wunsch habe, die Danziger Bevölkerung an der Aufrechterhaltung und Förderung der guten Beziehungen zu dem großen Nachbarlande, Polen, mitwirken zu sehen.

Außenpolitische Aussprache wird verschoben

Das Budget des Außenministeriums vor der Haushaltskommission

Warschau, 25. Januar. In der gestrigen Sitzung der Haushaltskommission des Sejm wurde das Budget des Außenministeriums besprochen. Eine politische Debatte fand aber nicht statt.

Der Referent Abg. Walewski beschränkte sich vor allem darauf, die administrative Seite dieses Ressorts zu erörtern. Im übrigen äußerte er sich sehr optimistisch über die Außenpolitik Polens.

Vizeminister Szembek ging lediglich auf eine Besprechung der Haushaltsziffern des Budgets ein. Die Reduktion des Budgets ist vor allem durch eine Verminderung der Etatsstellen erreicht worden. Die Auslandsposten haben eine weitere Kommerzialisierung erfahren. Unter Kommerzialisierung versteht der Vizeminister in diesem Falle die Verlegung des Schwerpunktes der wirtschaftlichen Tätigkeit von der Rolle theoretischer Beobachter des Wirtschaftslebens auf die Rolle eines direkt zusammenwirkenden Faktors in der Anknüpfung konkreter Handelsbeziehungen und die Zentralisierung der Tätigkeit der Handelsstellen in entsprechenden Landesämtern.

Abg. Czapiński von der P. P. S. wies darauf hin, daß eine Diskussion über die Außenpolitik besonders deshalb unbedingt nötig wäre, weil in Deutschland Hitler zur Macht gelangt sei, und im Hinblick auf den besonderen Charakter der Außenpolitik gegenüber den Sowjets. Sollte es zu keiner politischen Aussprache in der Kommission kommen, dann würde die Opposition die Debatten im Plenum auch ohne ein entsprechendes Exposé des Ministers dazu benutzen.

Abg. Zieliński (Nationaldem.) beklagte sich darüber, daß die Personalveränderungen im Ministerium nicht aufhörten. Er wies besonders darauf hin, daß im Laufe von elf Monaten des vergangenen Jahres 82 Beamte entlassen und 310 versetzt wurden. Damit seien etwa 400 Beamte von ihrer bisherigen Arbeit getrennt worden. In drei Jahren seien es 800 Beamte gewesen. Unter solchen Umständen könne von einer rechten Ausnutzung der Fähigkeiten der Beamtenschaft nicht gesprochen werden. Redner wies auch darauf hin, daß die Spezialfonds keine Aenderung erfahren hätten, ja sogar heraufgesetzt worden seien. Sie betrügen 24 Prozent des Gesamtbudgets, während sie in den vergangenen Jahren nur 17 Prozent betrugen. Redner kritisierte dann die polnisch-Danziger Beziehungen. Bei den Verhandlungen mit Danzig hätten sich Tatsachen ereignet, die ohne Reaktion von polnischer Seite geblieben wären. Im Mai sei in Danzig ein Gerichtsurteil gefällt worden, in dem festgestellt wurde, daß die politische Revolution in Deutschland auch in Danzig gelte. Er finde es nicht in der Ordnung, daß der Senat im Juli in der neuen Wahlordnung das Wahlrecht auch allen denen zugesprochen habe, die seinerzeit Danzig verlassen haben, d. h. deutschen Optanten. Der Umstand, daß alle Danziger Fluggesellschaften die Numeration des deutschen Flugwesens erhielten und die Polizei Uniformen der Reichswehr, richte sich gegen Polen.

Abg. Miedziński vom Regierungsblock machte dann bemerkenswerte Auslassungen über die Methoden bei der Ermöglichung der Aussprache über die Außenpolitik. Der Abgeordnete führte hierüber folgendes aus: Wir halten uns an den Grundsatz, in der Haushaltskommission bei der Besprechung der Ressortwirtschaft der auswärtigen Angelegenheiten keine politische Debatte zu führen. Wir werden also verschiedene Vorwürfe des Abg. Czapiński nicht beantworten. Wir tun es in der Ueberzeugung, daß dies vor dem Forum der Auslandskommission geschehen wird.

Wir sind der Meinung, daß auf dem Gebiete der Außenpolitik die Wahl des Augenblicks für die Abgabe öffentlicher Erklärungen und für Debatten darüber unbedingt dem verantwortlichen Leiter dieser Politik obliegt.

Das ist keine polnische Erfindung und ist auch nicht besonders mit unserem Regime verbunden. Es verträgt sich mit den guten parlamentarischen Sitten, dem Minister die Möglichkeit zu geben, den Augenblick wählen zu können, in dem er bestimmte Erklärungen über die Außenpolitik abgeben will. Wenn es Ihnen nur darum ginge, den Minister überhaupt sprechen zu hören, dann könne das gleich geschehen, nur könnte dann der Minister nicht über wesentliche Dinge reden. Deshalb wollen wir einen geeigneteren Augenblick abpassen. Ich bin überzeugt, daß uns solche Gelegenheit gegeben wird, da wir keinen Anlaß sehen, daß die Leitung unserer Außenpolitik eine Diskussion nicht wünschte.

Eine Diskussion sei im Augenblick leichter, als sie in der ganzen Zeit des Bestehens des wiedergeborenen Polens war.

Es sprach dann noch einmal Vizeminister Szembek, und nach einem Schlußwort des Abg. Walewski wurde das Budget in zweiter Lesung angenommen.

Auf der Tagesordnung der heutigen Beratungen steht das Budget des Kriegsministeriums.

Morgen Sejm

Warschau, 25. Januar. Eine Vollsitzung des Sejm ist auf den morgigen Freitag anberaumt worden. Auf der Tagesordnung steht u. a. der Bericht der Verfassungskommission über den Verlauf der bisherigen Arbeiten am Verfassungsrevisionsentwurf.

Katholische Geistliche verurteilt

München, 24. Januar. In dem Prozeß gegen die 3 kathol. Geistlichen Dr. Muhler, Thaler und Sollacher verkündete das Sondergericht am Mittwoch abend folgendes Urteil: Die Angeklagten Dr. Muhler, Thaler und Sollacher sind schuldig je eines Vergehens gegen § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 21. März 1933. Es werden verurteilt: Stadtpfarrer Dr. Muhler zu 4 Monaten Gefängnis, Kaplan Thaler zu 3 Monaten Gefängnis und der Katechet Sollacher zu 5 Monaten Gefängnis. Außerdem haben alle 3 die Kosten zu tragen.

In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: Es wurde festgestellt, daß Muhler die Behauptungen über Vorgänge in Dachau, die er, wie er nicht widerlegen konnte, von einem Kommunisten erfahren hatte, an seine Kapläne weitergegeben hat. Thaler hat diese Mitteilungen an seinen Kollegen Sollacher weitergetragen, der sie weiter erzählte. iDe Behauptungen waren nicht wahr und infolgedessen geeignet, das Ansehen der Regierung schwer zu schädigen.

Rücktritt des südslawischen Kabinetts

Belgrad, 24. Januar. Die südslawische Regierung ist zurückgetreten. Der Rücktritt erfolgte im Zusammenhang mit dem Rücktrittsgesuch des Unterrichtsministers.

Der Rücktritt der Regierung ist lediglich auf innerpolitische Streitfragen zurückzuführen. Insbesondere herrschten Meinungsverschiedenheiten über die Finanzierung der Polizeiverwaltung zwischen dem Unterrichtsminister Stankovicz und seinem Kollegen.

Der offene Ausbruch der Krise wurde vertagt, um die Konferenz der Kleinen Entente nicht zu stören. Man rechnete mit der Möglichkeit, daß Stankovicz, der ein persönlicher Freund von König Alexander ist und der auch trotz seiner Eigenschaft als Altserbe von den Kroaten als annehmbar angesehen wird, mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt wird.

Arbeitskonferenz am 4. Juni 1934

Genf, 24. Januar. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat seine Tagung am Mittwoch abend abgeschlossen. Er hat den Beginn der diesjährigen Arbeitskonferenz auf den 4. Juni 1934 angesetzt. Der Verwaltungsrat wird am 26. April wieder zusammentreten.

Pembauer aus der Haft entlassen

Innsbruck, 24. Januar. Der am Dienstag verhaftete großdeutsche Bürgermeister-Stellvertreter der Stadt Innsbruck, Dr. Pembauer, wurde am Mittwoch nach dem Einspruch mehrerer Persönlichkeiten aus der Haft entlassen. Die Untersuchung gegen ihn wird jedoch weitergeführt. Der gesamte Briefwechsel des von Dr. Pembauer gegründeten Bundes für eine österreichisch-deutsche Verständigung wurde beschlagnahmt.

Reichsminister Dr. Goebbels spricht im Sportpalast

Berlin, 24. Januar. Im Rahmen einer Veranstaltung des Gaues Groß-Berlin der NSDAP. spricht Dr. Goebbels am 30. Januar im Sportpalast über das Thema: „Das Jahr der deutschen Revolution“.

Rundfunk und Bauer

Funk-Sonderschau auf der Grünen Woche

Am 27. Januar wird in den Berliner Ausstellungshallen die erste Grüne Woche des neuen Deutschland eröffnet. Der Rundfunk überträgt diese Feier und macht so allen Deutschen die Teilnahme an dieser Veranstaltung möglich, die mehr ist und mehr sein will als eine Ausstellung schlechthin.

Aus dem Boden kommt jede Erneuerung, Erneuerung im biologischen wie im geistigen, kulturellen Sinne. Und wenn der Rundfunk nach erfolgreichem Abschluß seiner politischen Aufgaben heute ausschließlich die Gestaltung von Kunst und Kultur zum wesentlichen Inhalt seiner Arbeit macht, die bodenverwurzelte Kunst und solche Künstler fördert, deren Werk vom Heimweh nach der Erde zeugt, so kann auch sein Weg nur ins Volk führen, nur ins Land.

Darum ist es sinnvoll, daß diese landwirtschaftliche Ausstellung u. a. eine Funk-Sonderschau erhält, wo der Volksempfänger neben dem Pflug steht, der Funkschaffende neben dem Bauern. Hier wird die unsichtbare, aber stärkste Brücke geschlagen zwischen Stadt und Land. Der Rundfunk trägt Wunsch und Wollen der politischen Führung in die deutschen Gaue. Und die Funkschaffenden eilen hinaus in die ländlichen Bezirke und holen von dort die Kunst, holen Volkstum und Brauchtum und tragen es über die Wellen auch in die großen Städte und erwecken dort eine Sehnsucht nach dem Lande und helfen mit, das deutsche Volk zurückzuführen zu den Quellen seiner Kraft.

Rundfunk und Bauer, das ist das packendste Symbol des neuen Deutschland und weist dem Rundfunkschaffen der Zukunft Weg und Ziel.

Das Programm:

10.50—11 Uhr: Dr. Hans Müller, Rundfunkreferent beim Reichsbauernführer, Reichsminister Darre, spricht über die Grüne Woche. 11 Uhr: Trommelwirbel, Fanfarenstöße, Sprechchor: „Hier hört Deutschland“. Trommelwirbel und Sprechchor: „Im Anfang war der Pflug“. Uraufführung des neuen deutschen Bauernliedes, gesungen vom Arbeitsdienst Potsdam, gespielt von Kapellen des Arbeitsdienstes. Ansprache des Reichsstaatskommissars Dr. Lippert. Ansprache des Regierungsrats im Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda und Hauptabteilungsleiter im Stabsamt beim Reichsbauernführer Karl M[illegible]. — Reichsbauernführer und Reichsernährungsminister Darre eröffnet die Ausstellung.

Zugleich sei hingewiesen auf die Rede von Staatssekretär Ludwig Grauert über die „Bedeutung von Reit- und Fahrturnieren für die deutsche Warmblutzucht“ um 18.20 Uhr, auf das Fragegespräch über die Deutsche Kavallerieschule Hannover zwischen Major Freiherr von Waldenfels und Adolf Holzapfel um 18.30 Uhr und auf die Ausführungen von R. Wolff über „Organisation und Programm des internationalen Berliner Reit- und Fahrturniers“ um 18.45 Uhr.

Am Abend sendet die Berliner Funkstunde um 20.05 Uhr zugleich auch nach Hamburg und Königsberg „Melodien aus grünem Revier“. Es klingt der Wald, es klingt die Heide. Jagdszenen werden von alten und neuen Jagdmusiken umrahmt. Im ersten Teil des Abends spielt das große Berliner Funk-Orchester.

Der Deutschlandsender bringt um 20.10 Uhr unter Leitung von Werner Pleister eine Bauernhochzeit im alten Lande „Johann, nu spann die Schimmels an“.

Die Veranstaltung wird von allen deutschen Sendern übernommen.

Deutsche Jugend an der Gruft des Großen Königs

Programmatische Rede Baldur von Schirachs bei der Weihe von 342 Fahnen der Hitlerjugend

Potsdam, 24. Januar. In der Garnisonkirche wurden am Mittwoch an der Gruft des Großen Königs die 342 Bannerfahnen der Hitlerjugend von dem Reichsführer Baldur von Schirach geweiht. Unter den Gästen bemerkte man u. a. Reichsminister Dr. Gobbels, Reichsminister Dr. Frick, Stabschef Roehm, den Führer der deutschen Arbeitsfront Dr. Ley und den Polizeipräsidenten Graf Helldorf. Das Innere des Gotteshauses war mit den Fahnen des jungen Deutschlands und mit dne alten historischen Fahnen geschmückt. Nach einem Orgelvorspiel ergriff der Reichsjugendführer Baldur v. Schirach das Wort zu der Weiherede. Er führte u. a. aus:

„Zum erstenmal in der deutschen Geschichte steht die geeinte Jugend an der Gruft unseres größtens Königs.

Die jetzt noch verhüllten Fahnen der Hitlerjugend sind die Zeichen einer Revolution, die von Bauern und Arbeitern erkämpft wurde. Sie dienen darum dem Bestand des Werkes, das diese treuesten Söhne der Nation geschaffen haben. Sie sollen niemals mißbraucht werden für die Interessen einer Schicht, sind weder Sklaven einer Klasse noch einer Krone, sondern des ganzen Volkes und des Führers, der dieses Volk zusammenschloß.

Heute vor 2 Jahren wurde der Hitlerjunge Herbert Norkus von marxistischen Verbrechern auf furchtbare Weise ermordet. Herbert Norkus war das Sinnbild der jungen Generation.

Wenn ich das Programm der nationalsozialistischen Jugendbewegung in der kürzesten Form umreißen sollte, dann würde ich sagen: Wir haben die ganze Jugend zu Herbert Norkus hinzuführen. Damit ist das Wesen dieser für die Welt rätselhaften Jugendorganisationen enthüllt. Sie ist heroisch, und weil sie heroisch ist, ist sie die Erfüllung der Sehnsucht der Besten unserer Jugend. Wir meinen nicht ein Heldentum, das mit der Waffe zu tun hat, und

keiner mißversteht uns mehr als der, der von uns behauptet, wir führten diese Jugend zu kriegerischem Handwerk.

Der Niedergang unseres Volkes und auch das unverschuldete Elend unserer Jugend war nur möglich, weil Klassen- und Kastengeist das Volk vernichtet hatten. Wenn man im Zusammenhang mit dem deutschen Zusammenbruch von Schuld reden will, dann darf man nicht nur die angreifen, die als Meuterer ihr Handwerk verübten, sondern

man muß auch die Kreise schuldig sprechen, die kein Volk mehr kannten, sondern nur ihre sog. gute Gesellschaft.

Wenn man von „guten alten Zeiten“ spricht, so meinen wir, diese Zeiten seien sehr schlecht gewesen. Ein Deutschland, bei dem der deutsche Arbeiter nicht wirklich zu Hause ist, ist für uns kein Deutschland. Die Geburt ist kein Vorrecht, sondern eine Verpflichtung, und wer Vorrechte besitzen will, der darf sie nur durch Leistung erwerben.

Da Deutschland an den Klassen zugrunde ging, können wir es nur durch Gemeinschaft wieder aufbauen.

Die Jugend ist gemäß dem Befehl ihres Führers Adolf Hitler Pionier ihrer Gemeinschaftsidee. Sie ist Tag für Tag bestrebt, diese Idee in die Tat umzusetzen. Wir haben das Jahr 1933 dazu benutzt, um in diesem Geiste zu wirken. Alle marschieren heute in einer Front. Alle tragen das gleiche Hemd. So steht das junge Deutschland über Stände, Klassen und Konfessionen hinweg in einem großen Bunde zusammen.

Ein Bekenntnis zu Potsdam ist zugleich ein Kampfruf gegen die Reaktion, d. h. gegen jene bürgerliche Dummheit, die das Alte nur deswegen lobt, weil sie das Neue nicht sehen will.

Fünfzehn Millionen Kornblumen

100 000 Sammler

Berlin, 25. Januar. 15 Millionen Kornblumen will der VDA an seinem Opfertag für das Winterhilfswerk Freitag, den 26. Januar, verkaufen. Ueber 100 000 jugendliche Sammler und Sammlerinnen stehen bereit. Der VDA will, daß

am Freitag ganz Deutschland im Zeichen der Kornblume

steht. Das alte Symbol des volksdeutschen Gedankens, des kämpfenden Außendeutschtums soll auch dem Kampfe gegen Hunger und Kälte voranleuchten. Dadurch, daß der VDA sich in den Dienst des Winterhilfswerkes stellt, bekundet er, daß die praktische Verwirklichung der Volksgemeinschaft alle Deutschen innerhalb und außerhalb der Grenzen angeht. Der VDA hat allein durch die Bestellung der 15 Millionen Kornblumen vielen Volksgenossen, Heimarbeitern des Städtchens Sebnitz in der sächsischen Schweiz Brot und Arbeit gegeben. Wer die Kornblume kauft, stellt somit nicht nur dem Winterhilfswerke neue Mittel zur Verfügung, er fördert auch unmittelbar die Behebung der Not in den deutschen Heimarbeitergebieten.

Eisenbahnunglück in Spanien

Paris, 25. Januar. Havas meldet aus Santander, daß der Personenzug Madrid—Santander zwischen Pesquera und Montabliz infolge Bahndammrutsches entgleist ist. Nach den ersten Meldungen sollten neun Personen ums Leben gekommen sein. Im Gegensatz dazu wird jetzt berichtet, daß doch nur vier Menschenleben zu beklagen sind. Es handelt sich um den Lokomotivführer, den Heizer, den Zugführer und einen Gendarmen. Die Zahl der Verletzten beläuft sich auf zwanzig. Von Santander ist ein Hilfszug abgelassen worden. Der Sachschaden ist beträchtlich.

Plötzlicher Streik in einem großen Hotel New Yorks

Die Gäste vor leeren Tischen

New York, 25. Januar. Im „Waldorf Astoria"-Hotel in New York, einem der größten der Stadt, traten am Dienstag abend plötzlich wegen der Entlassung eines Unterkochs ungefähr 600 Kellner, Köche und weiteres Küchenpersonal in den Streik. Die Streikenden hatten vorher nicht die geringste Streikabsicht merken lassen. Sie verließen punkt 19 Uhr ihre Oefen und Tische, obwohl vorher schon Hunderte von Gästen in den Eß-Sälen versammelt waren und die Speisen bestellt hatten. Alles Einwirken der Hotelleitung auf das Personal blieb erfolglos, so daß die drei großen Hauptrestaurants des Hotels geschlossen werden mußten. Später konnte ein Teil des Betriebes wieder aufgenommen werden.

700 Jahre Kulm

Bromberg, 23. Januar.

Anläßlich des 700jährigen Bestehens fanden im schön geschmückten Städtchen Kulm mit seinem altertümlichen Rathaus, seinen hohen Türmen und Mauern, den breiten, geraden Straßen, den hübschen Vorgärten und der herrlichen Aussicht über das Weichseltal Jubiläums-Feierlichkeiten statt, an welchen auch der Bischof von Kulm, Stanisław Okoniewski, der Vize-Wojewode von Pommerellen, Dr. Seydlitz, der Stadtpräsident des benachbarten Graudenz, Jos. Włodek, sowie zahlreiche Vertreter des Militärs, der Behörden und Korporationen teilnahmen. Während der Festsitzung im Rathaussaale verlas Herr Stadtverordneter Tad Odrowski die von Herrn Niezwicki in die polnische Sprache übersetzte

„Culmer Handfeste"

Durch diese Handfeste wurden am 28. Dezember 1233 vom „Deutschen Ritterorden" die weitgehenden Selbstverwaltungsrechte der beiden im heidnischen Preußen neugegründeten Ordensstädte Thorn und Kulm geregelt und bestätigt. Sie war in der Folgezeit ein Vorbild für alle Städtegründungen im Ordensland.

Die ersten deutschen Ansiedler von Kulm waren Niedersachsen aus der Magdeburger Gegend. Ihr Anführer, der umsichtige und energische Burggraf Burchard von Magdeburg stand dem Ordenslandmeister Hermann Balk mit Rat und Tat kräftig zur Seite. Seinem Einfluß und seinem organisatorischen Talente hat die Stadt es zu danken, daß magdeburgisches Recht mit einigen Abweichungen hier eingeführt wurde, ihn zog Hermann Balk als Zeugen bei der 1. Kulmischen Handfeste heran. Er verstand es auch, die einheimische preußische und seßhaft gewordene polnische Bevölkerung dieses Gebietes für die neue Gründung zu interessieren und das ziemlich bunte Völkergemisch dieser Kolonie zu einem einheitlichen Ganzen mit ausgesprochen norddeutschem Charakter zusammenzufassen.

Nach jahrzehntelangen erbitterten Kämpfen folgte vom Ende des 13. Jahrhunderts eine großartige Entwicklung der Stadt. Bis zum Jahre 1309 war Kulm der Sitz der Verwaltung des Ordensgebietes; von hier aus nahm die Ordensmacht ihren gewaltigen Aufstieg. In Kulm befanden sich zahlreiche umfassende Handels-, Verwaltungs- und Rechtsinstitute, ein einflußreiches Obergericht, eine eigene Münze (Kulmer Recht, Kulmer Maß, Kulmer Gewicht usw.). Es betrieb einen ausgedehnten

Handelsverkehr nach Brügge, Nowgorod, Norwegen.

Als Mitglied des Hansabundes wird Kulm der Ehrenplatz vor den preußischen Hansastädten Thorn, Elbing, Danzig, Königsberg und Braunsberg eingeräumt.

Obgleich Kulm in kommerzieller Hinsicht und an Größe von den bessergelegenen Nachbarstädten überflügelt wurde, wählte der Hochmeister Konrad Zöllner von Rotenstein doch diese Stadt wegen des Ansehens, das sie

durch ihre historische Bedeutung und kulturelle Sonderstellung als Kraftquelle und Hort des deutschen Volkstums

für das östlich der Weichsel gelegene Neuland genoß, ferner wegen ihrer hervorragenden landschaftlichen Reize und der fruchtbaren Umgegend zum Sitz einer neuen Hochschule, die durch päpstliche Bulle vom 9. 2. 1387 bestätigt wurde. Leider ist die Verwirklichung dieses Planes durch die damals einsetzenden jahrzehntelangen Unruhen in der Stadt, die von der mächtig gewordenen Partei der Schmiedeknechte ausgingen, sowie infolge des beginnenden Niedergangs des Ordens nicht mehr in dem beabsichtigten großzügigen Maße zur Ausführung gelangt.

Im Laufe fast des ganzen 15. Jahrhunderts ist Kulm und das Kulmerland Schauplatz eines erbitterten Kulturkampfes, der von Deutschen gegen Deutsche für fremde Belange geführt wird. Für den Anschluß an das Königreich Polen wirkte der Geheimbund der Eidechsenbrüder. Für den deutschen Orden kämpfte aufopfernd der Söldnerhauptmann Bernhard von Zinnenberg und Waldstein. Die treibenden Kräfte beider Parteien hatten ihren Sitz in Kulm bzw. im Kulmerland.

Als Folge der unglücklichen Schlacht bei Tannenberg 1410 und des furchtbaren 12jährigen Städtekrieges wurde Kulm im Jahre 1479 an den König von Polen abgetreten. Die jahrzehntelangen Kriegsschrecken, zu denen sich noch wiederholt die Pest gesellte, hatten den Wohlstand der Stadt vernichtet. Wegen ihrer treuen Haltung zum Orden gehaßt, verlor sie eine Freiheit und ein Privileg nach dem andern. Schließlich wurde die ehemalige Hansastadt im Jahre 1505 zum Eigentum des in Kulmsee residierenden Bischofs erklärt. Einen neuen Aufschwung schien um das Jahr 1550 die große Geistesbefreiung der Reformation der Stadt zu bringen. Die Blütezeit währte jedoch nicht lange, die Gegenreformation blieb Siegerin. In der verarmten untertänigen, bevormundeten Bischofsstadt, wo leider Untüchtigkeit in auffallender Weise bevorzugt, jede freie Geistesregung und Betriebsamkeit dagegen gemißbilligt wurde, wo der Deutsche vom politischen Einfluß verdrängt war, tritt der deutsche Geist der Stadt immer mehr zurück, und vom Jahre 1600 an erhält die polnische Sprache in Kulm das Uebergewicht. Ja, Kulm wird sogar in der Folgezeit ein Mittelpunkt der Polonisierung Preußens.

Den Niedergang der Stadt unterbricht 1772 der große Kolonisator und Städtebauer Friedrich II., der in Kulm ein Kadettenkorps gründete, einige Straßen wieder aufbauen ließ und die Umgegend mit schwäbischen und pfälzischen Bauern besiedelte.

Einige Jahrzehnte später befreite die preußische Städteordnung Kulm auch von obrigkeitlicher Bevormundung und gab ihr damit die Möglichkeit zu neuem Gedeihen.

Im 19. Jahrhundert entwickelte sich Kulm zu einer wohlhabenden Kreisstadt mit wachsender Industrie. Im Jahre 1866 wurde hier Hermann Löns und im Jahre 1890 der Dichter des Sturmliedes Ernst Wilh. Lotz geboren, die beide gleich zu Beginn des Weltkrieges an demselben Tage in Verteidigung ihrer heiligsten Güter den Heldentod fanden.

Seit dem 21. Januar 1920 gehört die Stadt zu Polen. Sie ist Sitz einer Kreisstarostei und eines polnischen Kadettenhauses.

Genau 700 Jahre nach der Verleihung der „Culmer Handfeste" erhielt Kulm eine neue Städteordnung. Ein Vergleich der beiden Verfassungen, auf den auch in seiner Festrede der stellvertretende pommerellische Landeshauptmann Dr. Gąsowski hindeutete, offenbart uns den tiefen Sinn eines 700jährigen Ringens.

Schweres Kraftwagenunglück bei Siegen

Eiserfeld (Kreis Siegen), 24. Januar. In einer scharfen Kurve auf der Landstraße zwischen Siegen und Eiserfeld geriet infolge der glatten Straßendecke ein von Siegen kommender SS.-Kraftwagen ins Schleudern und stieß mit einem Kraftomnibus zusammen. Der Wagen wurde gegen ein eisernes Schutzgeländer geschleudert. Gleich darauf entzündete sich das Benzin, das sich aus den zerstörten Tanks über Wagen und Insassen ergoß. Der Wagen war in wenigen Sekunden in eine haushohe Flammensäule gehüllt. Der Führer des Wagens, SS.-Mann Willi Schumacher aus Siegen, hatte bei dem Anprall derartige Verletzungen erlitten, daß es ihm nicht möglich war, sich aus dem brennenden Wagen herauszuarbeiten. Er verbrannte vor den Augen der entsetzten Augenzeugen. Der SS.-Mann Melner wurde bei dem Zusammenstoß aus dem Wagen geschleudert, er erlitt Verbrennungen und Schenkelbrüche. Der andere Mitfahrer, SS.-Mann Daub, wurde von dem Führer des Omnibusses mit großer Mühe aus dem brennenden Wagen gezogen. Er hat ebenfalls schwere Brandwunden und Knochenbrüche erlitten. Beide wurden in lebensgefährlichem Zustande in das Siegener Krankenhaus gebracht.

Der Omnibus wurde ebenfalls erheblich beschädigt, jedoch blieben dessen Fahrgäste unverletzt.

Matuschka geistesgestört?

Nach dem jetzt vom Universitätsprofessor Dr. Donath, den der Verteidiger des Eisenbahnattentäters Matuschka als ärztlichen Sachverständigen bestellt hatte, eingereichten Gutachten über den Geisteszustand Matuschkas ist dieser bei Verübung seiner Attentate geistesgestört gewesen. Zahlreichen Zeugenaussagen nach sollen sich schon 1911 bei Matuschka starke Anzeichen der Geistesgestörtheit bemerkbar gemacht haben.

Dynamitlager in die Luft geflogen

Paris, 24. Januar. Wie Havas aus Rio de Janeiro meldet, ist dort auf einer Insel ein Dynamitlager in die Luft geflogen. Nach den ersten Nachrichten sollen zahlreiche Todesopfer zu beklagen sein. Einzelheiten fehlen noch. Das Sprengstofflager soll einer privaten Handelsfirma gehört haben.

Die „Aquitania" vorübergehend aufgelaufen

London, 25. Januar. Der 45 000 Tonnen große Passagierdampfer „Aquitania" lief am Mittwoch nachmittag, nachdem er den Hafen von Southampton verlassen hatte, auf eine Sandbank. Nach 2½ Stunden wurde er wieder flott, als die Flut eingesetzt hatte und 6 Schlepper ihn ins Schlepptau genommen hatten. Die „Aquitania" konnte ihre Reise nach Cherbourg und von dort nach New York fortsetzen.

Ernstes und Heiteres aus der Stadtchronik von Posen

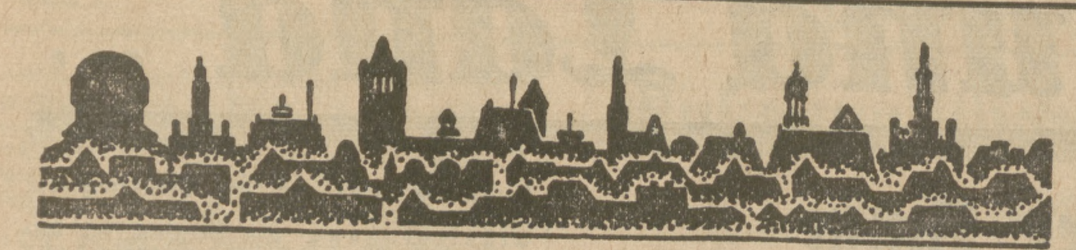
Plaudereien von **Oskar Beckmann**

(7. Fortsetzung) (Nachdruck verboten)

Herr Waldemar Mueller hatte in seinem ersten Amtsjahre das seltene Glück, daß der Jahreskassenabschluß einen ansehnlichen Ueberschuß brachte, 117 000 Mark. „Das ist unangenehm viel," sagte Herr Wald. Mueller. Es fand sich Gelegenheit, diese Unannehmlichkeit etwas zu mildern dadurch, daß bei der Gasanstalt noch 25 000 M. für Kohlenlieferungen in Ausgabe gestellt werden konnten. So ergab sich ein Ueberschuß von 92 368,23 M., von dem die reichliche Hälfte die Steuerverwaltung erbracht hatte. Der Verwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 1885/86 sagt, daß der Ueberschuß dem nächsten Rechnungsjahre vorgetragen werden solle. Es geschah aber etwas anderes, viel Sensationelleres: den Steuerzahlern wurde ein Teil der veranlagten Steuern geschenkt, der Zuschlagsprozent, der für 1886/87 auf 190 Prozent festgesetzt worden war, erfuhr für das Winterhalbjahr eine Ermäßigung um 19 Prozent auf 171. Als ich Mitte November 1887 in die Steuerkasse eintrat und da die dritte Buchhalterei übernahm, fand ich in den Heberegistern die 19prozentigen Beträge mit roter Tinte in Abgang gestellt. Meine Buchhalterei umfaßte die vornehme Oberstadt und den Stadtteil rechts der Warthe. Hier machte ich die Bekanntschaft einer eigenartigen Gastbevölkerung Posens, der sogenannten Topfstricker, die ihr Quartier im Hause Warschauer Straße Nr. 5 hatten; sie waren Slowaken und kamen alle aus demselben Orte Dehepole in Ungarn. Das Ueberraschendste an diesen wenig sauber erscheinenden Leuten war die peinliche Sauberkeit ihrer Papiere. Die gleiche Peinlichkeit zeigten sie in der Erfüllung ihrer Steuerpflichten. Nicht minder interessant waren die Schiffseigner, 153 an der Zahl, fast nur Deutsche, die hier Bürgerrecht hatten, hier in die Wahllisten aufgenommen wurden, und ihre Kinder hier in die Schule schickten für den Schulgeldsatz der Einheimischen. Mahnung und Einziehung von Rückständen erfolgte durch amtliches Ersuchen an die Schleusenämter am Finowkanal oder bei den Havelseen, eine für die Schiffseigner sehr unangenehme Sache, denn ihnen wurde die Durchfahrt gesperrt, bis sie die Quittung vorlegen konnten. So angenehm der Verkehr mit diesen Steuerzensiten war, so unangenehm wurde er mit manchen Herren aus der Stadt. Ein Hausbesitzer am Königsplatz z. B. hatte sich für die vier Vierteljahresbeträge Ratenzahlung bewillen lassen, sandte aber jedesmal weniger als der Fälligkeit entsprach, so daß dadurch fortgesetzt neue Mahnungen und Exekutionsaufträge nötig wurden. Derselbe Hausbesitzer bekam eine Polizeistrafe von 30 Mark wegen nächtlicher Verunreinigung der Anlagen; dem Nachtwächter hatte er gesagt: das schadet nichts, das wächst besser. Als Kuriosum will ich erwähnen, daß ich einen Steuerzahler mit dem Jahresbetrag von ganzen drei Pfennigen hatte. Es war Staatsgrundsteuer einer Zwergparzelle, die einem nicht in der Stadt wohnhaften Bauern gehörte.

Hier in der Steuerkasse gewann ich auch das Verständnis für den Streit um einen Pfennig. So etwas war nur möglich bei der Gewerbesteuer der Schiffseigentümer, die nicht nach Talersätzen, sondern von 2 zu 2 M. gestaffelt war. Zugänge oder Abgänge für 5 oder 7 Monate ergaben Drittelpfennige, Addition dieser Drittel ergab ganze Pfennige und Nichtübereinstimmung zwischen Soll und Ist. Diesem Unfug ein Ende zu machen durch Abrundung der Buchpfennige war von der Kgl Preußischen Staatsregierung abgelehnt worden. Auch sonst war der Verkehr mit der Staatsbehörde nicht gerade angenehm. Jeder kleinste Rest an Staatssteuern mußte am Jahresabschlusse eingehend begründet werden. Das war mir Anlaß, im Februar die Anmahnung der Staatssteuern am frühesten Termin vorzunehmen mit dem Erfolg, daß ich am Jahresschlusse keine Staatssteuerreste hatte. — — Eine Unannehmlichkeit erlebte ich hier: mein Amtsvorgänger hatte einen Steuerbetrag von 214 M. als Einnahme gebucht, obwohl er nicht eingezogen war. Selbstverständlich verlangte ich sofortige Zahlung, erhielt sie auch, aber der ungetreue Mann hat sich das Geld durch ähnliche Fälschungen in den Büchern seiner jetzigen Dienststelle verschafft, kam ein Jahr später zu der Erkenntnis, daß er niemals mit dieser Sache in Ordnung kommen würde und schied freiwillig aus dem Leben. —

In der Steuerkasse gewann ich in meinem Mitarbeiter Stanislaus Schön einen Freund fürs ganze Leben. Sein aus der Grafschaft Glatz stammender Vater Anton Schön war hier technischer Lehrer am Kgl. Mariengymnasium und ein Bruder des anerkannten Musikers Clemens Schön, dessen Konzerte hervorragenden Kunstgenuß boten. Mein Freund Stachu war ein Naturmensch und wanderte früh und spät ums Kernwerk. Mein ihm gewidmeter Neujahrswunsch „Immer gut Wetter und ein gesegnetes Aeppeljahr!" brachte mir nicht nur ihn nahe, sondern auch seinen prächtigen Vater und die übrigen Glieder der Familie. An Wochtagabenden pilgerten wir oft nach Johannistal (am Wege nach Kobylepole) oder nach Solatsch-Golentschin, wo es damals ganz anders aussah als jetzt. Sonntags wurde meistens auf Umwegen, namentlich über die Ringchausseen Zegrze—Starolenka oder über Gurtschin—Dembsen der Eichwald als Ziel genommen, seltener ein Ausflug nach den Moschiner Waldungen, die entweder auf beschwerlicher Fußwanderung von Posen aus oder von der Bahnstation Moschin aus unternommen werden mußten, da es die Haltestellen Lubon, Unterberg und Puschkau noch nicht gab. Nach Moschin mußte man, wenn man nicht bis 10 Uhr vormittags warten wollte, mit dem Frühzuge um 4 Uhr fahren, was nur im heißesten Hochsommer angenehm war. Einkehr gab es am Gurkasee nur beim Förster. Einmal waren wir sechs Mann. Drei davon, zu denen auch ich gehörte, pilgerten zunächst hinunter an den See, wo wir zu unserer größten Ueberraschung ein Boot mit Fährmann trafen, der uns nach der Insel übersetzte. Als er dort anlegte, nahm er an unserer Stelle den Polizeiinspektor Bleich mit Damen auf, die sich über die ganze Länge des Sees nach Dorf Ludwigsberg zu fahren ließen. Ueber uns aber, die wir in wenigen Minuten mit der Insel und der dachlosen Ruine fertig waren, entlud sich ein toller Gewitterregen. Endlich kam das Boot, wir stiegen ein, die Füße im Wasser, Regen auf den Knien und fuhren auf dem kürzesten Wege ans nördliche Ufer, mußten uns aber erst durch nasse Sträucher hindurcharbeiten, ehe wir den Rückweg zur Försterei fanden. Dort wurden wir von den drei anderen, die inzwischen Skat gedroschen hatten, ausgelacht. Die Försterfrau hatte Mitleid mit uns, packte Freund Faschin in ein Bett, mich auf ein Sofa, Schön auf einen Lehnstuhl mit warmer Verpackung und



Stadt Posen

Donnerstag, den 25. Januar

Sonnenaufgang 7.45, Sonnenuntergang 16.25, Mondaufgang 11.16, Monduntergang 4.18.

Heute 7 Uhr früh: Temperatur der Luft — 3 Grad Cels. Heiter. Südostwind. Barom. 768.

Gestern: Höchste Temperatur + 3, niedrigste — 7 Grad Celsius.

Wasserstand der Warthe am 25. Januar + 0,42 Meter, gegen + 0,36 Meter am Vortage.

Wettervoraussage für Freitag, 26. Januar: Noch beständig, aber Bewölkungszunahme; nachts etwas milder, tagsüber Temperaturen wenig verändert; südwestliche Winde.

Spielplan der Posener Theater

Teatr Wielki:
Donnerstag: Geschlossen.
Freitag: „Zigeunerbaron".
Sonnabend: „Bohême" (mit H. Lipowska).
(„Tosca" auf den 3. Februar verlegt.)

Teatr Polski:
Donnerstag: „Hamlet" (Premiere).
Freitag: „Hamlet".
Sonnabend: „Arleta u. d. grünen Schachteln"

Teatr Nowy:
Donnerstag: Geld ist nicht alles".
Freitag: „Geld ist nicht alles".
Sonnabend: „Geld ist nicht alles".

Konzerte:

Donnerstag 8 Uhr in der Universitätsaula Sinfoniekonzert. Im Programm „Pontificalmesse" von Malischewski und die 5. Sinfonie von Beethoven. Dir.: Z. Latoszewski.

Kinos:

Apollo: „Jennie Gerhardt". (In engl. Sprache.)
Metropolis: „Phantom." (In engl. Sprache.)
Moje (fr. Odeon): „Eine Nacht im Paradies".
Słońce: „Der Taugenichts aus Spanien." (In englischer Sprache.
Sfinks: „Lieb' mich heute!" (Maurice Chevalier.)
Wilsona: „Der Leidensweg einer Frau". (5, 7, 9 Uhr.)

Idyll im Schnee

Heute habe ich ein kleines Idyll gesehen, das ich nicht vergessen werde. Unter einer Tanne war ein schneefreies Plätzchen, das eine gütige Hand mit allerlei Körnern und Nüssen bestreut hatte. Da saßen nun in friedlichem Verein die Wesen, die sich im Sommer bekämpfen und befehden. Eichhörnchen, die ja gern Vogeleier verspeisen, Krähen, die der jungen Brut nicht gnädig gesinnt sind, und daneben Amseln, Finken und Meisen. Alle waren sie nun Freund, da Winter und Kälte den Haß getilgt hatten und nur der Hunger geblieben war, der harte, grausame Hunger.

Sie werden nicht immer Freunde bleiben, und ich werde wieder, wenn mildere Lüfte wehen, den Angstruf der Amsel vernehmen, die ihre Nachkommenschaft durch das Eichhörnchen gefährdet sieht, das wie eine züngelnde Flamme von Baum zu Baum springt. Heute aber will ich mich des anmutig friedlichen Bildes erfreuen, das mich die harte Zeit einen Augenblick vergessen ließ und wie ein Sonnenblick war. Und wir Menschen? Was hat uns das kleine, unscheinbar kleine Wintererlebnis zu sagen, daß friedliche Idyll im Schnee?

Wolhynischer Dank

Die Gaben an Kleidungsstücken und Wäsche, die die Innere Mission vor den Weihnachtstagen nach Wolhynien schicken konnte, sind dort mit dankbarer Freude aufgenommen worden, wie der unten wiedergegebene Brief einer Gemeindeschwester aus Wolhynien bezeugt. Aber aus diesem Brief wird auch ganz deutlich, wie groß die Not und Armut noch allenthalben ist und wie schnelle Hilfe dringend notwendig ist. Namentlich werden Wäsche, warme Sachen und Kleidungsstücke für Schulkinder erbeten, damit es möglich wird, die Kinder auch im Winter zur Schule zu schicken. Gerade diese Hilfe an Kindern sollte uns allen besonders am Herzen liegen. Gaben aller Art, auch alte Sachen können an den Landesverband für Innere Mission in Posen (Poznań, Fr. Ratajczaka 20) geschickt werden, der die Sammlungen in größeren Sendungen weiterleitet. Doppelt gibt, wer schnell hilft.

Das Weihnachtsfest ist vorüber.

Ich habe viel Freude erleben dürfen mit den Sachen, die uns geschickt wurden. Habe ich doch mit Bangen in die Zukunft geschaut, denn die Weihnachtszeit rückte immer näher heran, und es war nichts da, namentlich an Kleidung. Um so größer war die Freude, als noch zur rechten Zeit zwei Kisten mit verschiedenen Sachen ankamen; so durfte ich vielen Weihnachtspäcklein Kleidungsstücke hinzulegen. Es waren 64 Familien, die wir bescheren konnten. So gab es selbstverständlich noch viele Bitten. Eine Mutter kam und bat: „Schwester, können Sie mir nicht noch etwas geben, meine Jungen sind doch nackt, und es ist so kalt und so weit in die Schule!" Eine andere bat um ein Mäntelchen für ihren Jungen, der zur Schule geht. Eine dritte kommt mit ihrem Töchterchen, die weint, ihre Schwester, die zur Schule geht, habe ein Röcklein bekommen und sie nicht.

Ich könnte fortfahren, die Bitten all meiner Schulkinder weiterzugeben, aber es würde zu weit führen. Doch erwähnen muß ich noch, daß dies alles Leute sind, die in der Stadt wohnen. Und auf dem Lande? Da gibt es viel schlimmere Fälle. Ich sprach dieser Tage mit einem Lehrer, der in der Gemeinde Ochoczyn arbeitet, der sagte mir: „Schwester, können Sie nicht auch zu uns kommen mit einem Wagen Sachen? 15 Kinder von 38 können nicht die Schule besuchen, weil sie keine Kleidung haben."

Nun habe ich leider zu dem Dank, den ich Ihnen bringen wollte, noch ein großes Klagelied angestimmt. Was kann ich aber anderes tun als für meine lieben Armen zu bitten.

Also komme ich auch im neuen Jahr mit der großen Bitte: Helft uns mit, wer helfen kann, hier wird alles verwendet; wenn es nicht paßt, wird es verändert, und wir sind dankbar für jedes Stück. Eine große Freude wäre es für mich, wenn einmal eine von den vielen Spenderinnen nach Wohlynien käme, um sich das Elend in Wolhynien anzusehen. Als ich im Oktober 1931 nach Wolhynien kam, konnte ich es nicht glauben, daß es so schlimm sein würde. Ich übernahm die Arbeit, Herr Pastor gab mir die Adressen, und ich versuchte nun die Leute aufzusuchen in ihren Hütten. Was ich da alles gesehen habe und immer noch sehen muß, das kann man nicht beschreiben, das muß man einmal erleben. Wenn ich nun in solche Hütten kam, so strahlten mir auch immer Kinderäuglein entgegen, die fast ohne was an zu haben, herumliefen. Ich dachte: Ja, hier muß man helfen! Wenn ich dann nach Hause kam und sagte: „Herr Pastor, ich bin dagewesen, und man muß helfen," dann sagte mir Herr Pastor oft, der seine Gemeinde gut kannte: „Da ist es noch nicht so schlimm. Gehen Sie erst mal zu Hausschulz oder zu Hauser, da werden Sie noch Schlimmeres sehen." Und doch habe ich es bald erleben dürfen. „Wenn die Not am größten, ist Gott am nächsten." Wir bekamen ja Hilfe von der Inneren Mission, und Gott sei gelobt und gepriesen dafür. Also konnte ich auch helfen; ich teilte die Sachen nach Bedarf aus, und die Kinder strahlten voller Freude. „Ach, Tante, ist das schön!"

Aber nicht nur die Kinder, auch die Erwachsenen bekamen Kleidung, und die waren so glücklich, daß sie wieder in die Kirche kommen konnten. Aus ihrem Munde klang es dann: „Wir sind ja so dankbar!" Ja, noch mehr: wir durften sogar einer ganzen Kolonie helfen mit Kleidern, sogar auch mit Lebensmitteln.

Nun danke ich noch im Namen all unserer lieben Armen und bitte, auch im neuen Jahr nach Möglichkeit unserer gedenken zu wollen. Es grüßt Euch herzlich und wünscht Gottes Segen auch im neuen Jahr

eine wolhynische Gemeindeschwester.

Straßenbahn und Stadtparlament

Erste Abstimmungsniederlage der Sanierten

jr. Die erste eigentliche Arbeitssitzung des neuen Stadtparlaments nach der feierlichen Amtszeiteröffnung ließ zunächst zwei Interpellanten der Sanierungsgruppe zu Worte kommen. Sie traten für verschiedene Belange der Vorstädte **Solatsch, Winiary** und **Glowno** ein. Stadtpräsident Ratajski riet zur Geduld ob der finanzpolitisch schwerfallenden Berücksichtigung der wohl nicht zum ersten Male geäußerten Wünsche und Forderungen, deren Erfüllung gewisse Grenzen gesetzt sind. Interessant war dabei ein Vergleich der Steuerkraft der Vorstädte mit den Leistungen, die die „City" aufbringt.

Die Tagesordnung brachte nichts außergewöhnlich Bemerkenswertes. Als Nachtragspunkt wurde ein Dringlichkeitsantrag des Stadtv. Zawadzki (Regierungsblock) über die Straßenbahn behandelt. Nachdem der Redner die ganz unbegreiflichen Tarifmaßnahmen der Straßenbahndirektion entsprechend gegeißelt hatte, stellte er den Antrag, die Sache für dringlich zu erklären und sogleich einen fünfgliedrigen Sonderausschuß zur gründlichen Prüfung der Dinge einzusetzen. Es durfte nicht wundernehmen, daß diese Initiative der Sanierungsgruppe den Nationaldemokraten machtpolitisch zumindest ein Dorn im Auge sein würde. So wußte man denn unter Anwendung formalistischer Methoden den Dringlichkeitsantrag zur Strecke zu bringen. Vergeblich bemühte sich Dr. Machowski, die Dringlichkeit mit dem Hinweis auf eine beklagenswerte Finanzwirtschaft der Straßenbahndirektion, die oft zu akrobatischen Künsten ihre Zuflucht nehmen muß, auf die unerträglichen Gärungen unter den Angestellten und die verfehlte Tarifpolitik näher zu begründen. Er kam nicht durch. Bedeutsam war in diesem Zusammenhang eine Aeußerung des Stadtpräsidenten als Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Straßenbahnverwaltung, der erklärte, daß die geschaffene Sachlage eine besondere Anrufung des Stadtparlaments nicht nötig gemacht habe. Immerhin befürwortete er eine für die nächsten Wochen in Aussicht zu nehmende „Generaldebatte" vor geeignetem Forum. In der Abstimmung, die die erste Belastungsprobe des „Parteischlüssels" bedeutete, errangen die Nationaldemokraten den erwarteten knappen Sieg. **Die Dringlichkeit wurde abgelehnt.** Trotzdem darf sich die Straßenbahndirektion nicht in Sicherheit wiegen. Sie wird einem Generalangriff nicht entgehen; nur daß er zu einem späteren Zeitpunkt eine schwächere Stoßkraft haben könnte. Vielleicht kann auch bis dahin der Straßenbahntarif weitere Breschen erleiden, so daß dann das Stadtparlament möglicherweise eine der wirksamsten kommunalpolitischen Betätigungschancen aus der Hand gegeben hätte. Es sei denn, daß inzwischen der Konfliktstoff gar noch eine Vermehrung erfährt. Jedenfalls ist die schon seit Jahren erwartete Generaldebatte über die Straßenbahnverhältnisse wieder hinausgeschoben worden.

Von den noch nicht spruchreifen Vorlagen sei die geplante Erweiterung der Posener Stadtgrenzen erwähnt, die u. a. die Einverleibung von Ławica, Junikowo, Zabikowo, Luban, Luisenhain, Zegrze und Naramowice vorsieht. Dadurch würde der Gebietsumfang der Stadt fast eine Verdoppelung erfahren, und die Bevölkerungsziffer würde um 17 000 Seelen steigen. Ein besonderer Unterausschuß hat sich mit den Haushaltsverhältnissen der in Frage kommenden Gemeinden — dreizehn sind es — zu befassen.

Der Kommunalzuschlag zur staatlichen Einkommensteuer für das Jahr 1934 wurde in unveränderter Höhe beschlossen. Eine Aenderung erfahren nur die Zahlungstermine. Bis zum 1. Mai ist die Hälfte des Steuerzuschlags in der für das vorangegangene Steuerjahr veranlagten Höhe zu entrichten bzw. in derselben Höhe eine Anzahlung zu leisten, wenn die Veranlagung noch nicht erfolgt sein sollte. Die andere Hälfte ist am 1. November fällig.

Bemerkenswert war die Tatsache, daß drei Stadtverordnete des Regierungsblocks, die dem noch nicht in Aktion getretenen Wahlausschuß angehören, bereits amtsmüde geworden sind und durch drei neue Kräfte ersetzt werden mußten.

Paolo-Marion-Gastspiel verlegt

Paolo Marion, erster Tenor der Mailänder „Scala", traf gestern in Warschau ein, um einige Gastspiele in der Oper zu absolvieren. Infolge leichter Erkältung mußten jedoch die Gastspiele verlegt werden. Aus diesem Grunde ist auch die Direktion unserer Oper gezwungen, die Aufführung der Oper „Tosca", in der Paolo Marion gastieren wird, auf den 3. Februar zu verlegen. Die gekauften Karten behalten ihre Gültigkeit für den 3. Februar, an welchem Tage Paolo Marion unwiderruflich auftreten wird.

---

hängte die nassen Oberkleider über den Küchenherd. — — Als wir einmal, fünf Mann stark, die Wanderung von Posen aus zu Fuß gemacht hatten, sprachen wir in der Oberförsterei Ludwigsberg vor mit der Bitte um Milch. Auf die Antwort, wir haben keine, baten wir um Wasser, aber auch das wurde uns verweigert, bei der brühenden Hitze eine Grausamkeit. Es war für die wanderfrohe deutsche Bevölkerung damals wahrlich nicht leicht, hier Natur zu kneipen.

Im Eichwalde traf ich an Sonntagvormittagen oft mit Radfahrern zusammen. Aus ihren Gesprächen konnte ich nur entnehmen, daß dieser Sport für mich zu teuer war. Bald 50 M. Reparaturkosten und das Rad zwei Wochen entbehren, bald etwas weniger Kosten, aber fünf Wochen auf das Rad warten müssen und jedes zweite Jahr ein neues Rad anschaffen, dazu reichten die Mittel eines kleinen Beamten mit Familienhaushalt nicht aus.

Im Oktober 1887 ward ich nach der Krankenversicherungskasse (kurz Pfennigkasse genannt) versetzt, wo Stefan Brauer mit seiner Buchhalterei nicht fertig geworden war und ich nunmehr Ordnung schaffen sollte. Das war leichter gesagt als getan. Da unter den Lesern dieser Zeilen sich wohl auch Personen finden werden, die etwas vom Kassenwesen verstehen, will ich hier so kurz wie möglich darlegen, woraus die Schwierigkeiten erwuchsen, unter denen selbst meine Arbeitsfreudigkeit beinahe zusammengebrochen wäre. Grundfehler: die Heberegister waren nicht nach Arbeitgebern, sondern nach Arbeitnehmern geordnet; zweitens für wechselndes Personal wurden die Beiträge nicht wochenweise, sondern tageweise berechnet unter Abrundung auf Dreier, d. h. jeder Betrag mußte durch 3 teilbar sein. Besondere Umstände: Zur OK 4 für Maurer (die in meiner Buchhalterei war) gehörten die vier großen Unternehmer für Fortsbauten, deren jeder 500 bis 1000 Leute beschäftigte, Schenck, Negendank, Kindler u. Kartmann, sowie die Dreimännerfirma Hoffmann, Kindler u. Kartmann. Das niedere Arbeiterpersonal war nun wenig ständig, lief bei Fort I aus der Arbeit, um bei Fort Ia in Arbeit zu treten, um nach wenigen Tagen auch dort wieder fortzulaufen. Das brachte mir eine unendliche Menge von An- und Abmeldungen — von 300 Meldungen im Tagesdurchschnitt entfielen etwa 20 auf die erste Buchhalterei, 80 auf die dritte, 200 auf meine zweite — und die meisten mußte ich erst mit Hilfe eines alphabetischen Registers unterzubringen suchen, das oft versagte, weil es um tausend Namen im Rückstande war. Das Schlimmste war, die Bauschreiber von Kindler verwechselten ihre beiden Firmen, verwechselten An- und Abmeldeformulare und machten auch sonstige Schnitzer, denen gegenüber man oft ratlos war. Und dazu kam noch: diejenigen Arbeiter, die als Erdarbeiter bezeichnet waren, gehörten nicht zur OK 4 für Maurer, sondern zur Gem. OK. 5 für Steine und Erden und in die dritte Buchhalterei. So konnte es kommen, daß bei drei Arbeitern des gleichen Namens Jan Kujawa jeder eine falsche Abmeldung zugeteilt bekam, was erst durch Verhandlung mit dem dritten Buchhalter klargestellt werden konnte. Und nun das einzigartige Vergnügen, wenn jeder dieser Großunternehmer zur Monatsabrechnung einen Wäschekorb voll Quittungsbücher gesandt hatte, die alle einzeln abquittiert werden mußten. Selbstverständlich kamen allsogleich Krankenmeldungen von Leuten, deren Bücher bei uns lagerten, und ich mußte das Buch dieses Kranken aus dem großen Wust heraussuchen und fand natürlich zuerst den falschen Jan Kujawa. Schon die Zeitversäumnis, die durch derartige Extraarbeiten verursacht wurde, nahm täglich Stunden in Anspruch. Und nun die Einzelberechnung z. B.: N. N. hatte gearbeitet vom 18. 10. bis 13. 11. = 3 Wochen 5 Tage, oder vom 27. 10 bis 11. 11. = 2 Wochen 1 Tag und so fort, nur selten von einer runden Monatszahlung unterbrochen und das bei einem Tarif von 7 Stufen! Daneben auch noch Publikums-Abfertigung aus den Kassen der Bäcker, Fleischer, Maurer und Zimmerleute (Zahlungen und Krankengelder). Es war zum Davonlaufen. Nun, ich lief nicht davon, sondern arbeitete täglich 12 Stunden bis 10 Uhr abends dreizehn Wochen lang bis zum 18. Januar; dann war ich kurrent. Am Weihnachtsmorgen, 24. 12. 1887, hatte ich 365 Einahmeposten! Hätte ich so langsam gearbeitet wie meine Kollegen, deren einer täglich 8, der andere 10 Stunden arbeitete, dann hätte mein Tag mindestens 22 Arbeitsstunden haben müssen. Zu Neujahr kam die Erlösung. Der Magistrat hatte die Errichtung einer Festungsbaukrankenkasse durchgesetzt, die am 1. Januar 1888 ins Leben trat. Da zufällig zu Weihnachten scharfes Frostwetter eintrat und deshalb auch die städtischen Bauhandwerker allermeist abgemeldet wurden, so konnte ich mein Maurerkonto, das für 1887 mit 6666 Mitgliedernummern abschloß, für 1888 mit 183 Nummern beginnen. Und nun kam im Februar, an einem Tage, der sich durch scheußlichstes Wetter auszeichnete, das Gegenstück zu der arbeitsreichen Zeit, ich brauchte einen ganzen Tag nicht die Feder einzutauchen, es kam kein Zahler, kein Kranker, und ich hatte auch keine rückständigen Arbeiten, konnte mich also ausgiebig mit Vorbereitung auf die Sekretariatsprüfung beschäftigen. Das Schlimmste in der schweren Zeit war das abstoßende Verhalten des Kassenvorstehers Rendant Boltz. Allerdings hatte er gewissen Grund, mir gram zu sein. Seinen Einladungen zu Festen des Preußischen Beamtenvereins folgend, hatte ich wiederholt daran teilgenommen, aber nicht den Aufnahmeantrag gestellt; und dann war gerade bei meiner Anstellungskneipe eine Kollegen-Vereinigung der Magistratsbeamten geboren worden, in der Boltz einen Affront gegen seinen Verein sehen konnte. Als ich Pfingsten 1889 fünf Tage Urlaub für eine Reise ins Riesengebirge beantragte, wollte er mir einen Tag davon streichen. Als ich wiederkam, war auf meinem Arbeitsplatz nichts mehr an der Stelle, die ich dafür bestimmt und an die ich mich seit anderhalb Jahren gewöhnt hatte. Und die persönliche Behandlung! Unteroffiziermäßig. Es kam soweit, daß ich einmal wild wurde und ihn fragte: „Sind wir Rekruten, Knechte oder Sklaven?" Sonst ist mir in meiner mehr als vierzigjährigen Dienstzeit nie ein Vorgesetzter zu nahe getreten. Es gab damals noch Arbeitgeber, die der staatlichen Krankenversorgung gegenüber sich störrisch weigerten, die gesetzlichen Pflichten zu erfüllen. Ein solcher war der Zimmermeister Albrecht Moegelin. Er meldete weder an noch ab. Nachdem durch Befragen seines Werkmeisters die Namen der Arbeitsleute dieses Betriebes festgestellt waren, bekam Moegelin allmonatlich seinen Mahnzettel und zahlte. Das ging so lange, bis nach Jahren ein Arbeiter einen Krankenschein brauchte und Moegelin ihm kein Quittungsbuch geben konnte. Jetzt erschien Herr M. in der Kasse und ließ sich für alle seine Leute Bücher ausstellen. Draußen auf den Stufen saß eine Abordnung seiner Leute, die ohne Bücher nicht fortgegangen wären.

(Fortsetzung folgt)

Eisenbahn wegen schwerer Nachläßigkeit verurteilt

Die „Bank Cukrownictwa" erhält 277 000 Zloty

Warschau, 25. Januar. Die „Bank Cukrownictwa" in Posen hatte seinerzeit 12 Waggons Zucker nach Warschau geschickt, die jedoch nicht dem rechtmäßigen Adressaten, sondern einem gewissen Dawid Mojsze Szpiro zugestellt wurden. Die Bank hatte daraufhin gegen die Eisenbahnverwaltung geklagt. Das Bezirksgericht kam zu dem Schluß, daß von seiten der Bahnverwaltung ein Fall schwerer Nachlässigkeit vorlag, und daß die Bahn für die ihr überantworteten Güter zu haften habe. Das Urteil lautete auf Auszahlung an die „Bank Cukrownictwa" der geforderten Summe von 277 0000 Zloty plus Zinsen und Manipulationskosten.

Die Gläubiger werden sich über den unerwarteten Zuwachs der Konkursmasse freuen!

Beratungsstelle für Rheumatismuskranke

Im Sinne der Leitsätze der internationalen Antirheumatismusliga und in Uebereinstimmung mit dem Beschluß der Hauptversammlung der polnischen Vereinigung zur Bekämpfung des Rheumatismus ist an der medizinischen Fakultät der Posener Universität eine Beratungsstelle für Rheumatismus eingerichtet worden. Die Beratungsstelle steht unter der Leitung von Prof. Dr. Jezierski und Dozent Dr. Raszeja und befindet sich in der Orthopädischen Klinik der Posener Universität, Górna Wilda 87/89 — Tel. 7184. Sie ist tätig jeden Freitag von 17 bis 19 Uhr.

Eigenartiger Diebstahl. Der in der Wielkie Garbary 6 wohnhaften Frau Marta Szelaszkiewicz wurden in ihrer Abwesenheit 3030 Zloty und 5 Dollar in bar aus der Wohnung entwendet. Als der Tat verdächtig verhaftete die Polizei den Mann der Geschädigten, mit dem sie seit fünf Jahren nicht mehr zusammen lebt. Die Untersuchung ist im Gange.

Wochenmarktbericht

Mit dem Einsetzen des Frostes hat der sonst so rege Besuch auf dem Wochenmarkt etwas nachgelassen; das Warenangebot dagegen ist immer noch in jeder Hinsicht reichhaltig. Die Preise für Molkereiwaren sind verhältnismäßig niedrig und betrugen für Landbutter 1,10—1,20, Tischbutter 1,30—1,40, Weißkäse 25—40, Milch das Liter 20, Sahne das Viertelliter 30—35; Eier sind ebenfalls billiger geworden und wurden je nach Qualität mit 1,30—2 Zl. verkauft. — Auf dem Fleischmarkt wurden folgende Preise gezahlt: Schweinefleisch 70—85, Rindfleisch 60—80, Kalbfleisch 70—1, Hammelfleisch 70—90, roher Speck 80—85, Räucherspeck 1,10—1,20, Schmalz 1,20, Kalbsleber 1,20, Schweineleber 70, Rindsleber 50—70, Gehacktes 80—90. Den Geflügelhändlern zahlte man für Hühner 1,30—3, Enten 2—3,50, Gänse 5—7, das Pfund 90—1, Fasanen 2,50—3, Puten 5—7, Perlhühner 2—2,50, Tauben das Paar 1—1,50; auch Hasen wurden noch angeboten und zum Preise von 2,40 bis 2,60 verkauft. Hasenrücken kosteten 90—1, Keulen 80—90, Kaninchen 1,20—2,50. — Der Gemüsemarkt lieferte Grünkohl für 15, Rosenkohl 25—35, Wruken 10—15, Mohrrüben 10—15, Kohlrabi 20, rote Rüben 10, Zwiebeln 10—15, Kartoffeln 3—4, Salatkartoffeln 10, Spinat 30 bis 40, Schwarzwurzeln 30—40, Suppengrün 5—10, Sauerkraut 15, getrockn. Pilze das Viertelpfund 1—1,50, Blumenkohl 30—80, Rotkohl 15—25, Weißkohl 10—20, Wirsingkohl 20—30, Meerrettich 20—40, Schnittlauch 15 das Bund, Majoran 10, Knoblauch 5. — Für das Pfund Aepfel verlangte man 20—50, für Birnen 40—50, Backobst 80, Pflaumenmus 90, Backpflaumen 1—1,20, Musbeeren 40—50, Walnüsse 1,30, Haselnüsse 1,40, Mohn 35—40, Zitronen 10—15, Apfelsinen 40—60. — Der Fischmarkt war nur mäßig beschickt, und ebenso war die Nachfrage nicht groß; man forderte für Hechte 1—1,30, Schleie 1,20—1,30, Bleie 90—1, Karpfen 1,20, Karauschen 50—90, Barsche 70—1, Weißfische 30 bis 80, Zander 1,60—2, für grüne Heringe 35—40, Salzheringe das Stück 10—15, Matjesheringe 40 Gr.; Räucherfische gab es in genügender Auswahl. — Blumen- und Krammarkt waren gut beschickt.

Die Anmeldung des Hauspersonals zur Sozialversicherung

Informationen der Lodzer Sozialversicherungsanstalt

Da immer noch Unklarheiten darüber bestehen, wie das Hauspersonal, Dienstmädchen, Köchinnen, Hauswächter usw., zur Sozialversicherung anzumelden ist, erteilt die Sozialversicherungsanstalt nachstehende Informationen:

Der Arbeitgeber, der sein Dienstmädchen oder seinen Hauswächter anmelden will, muß sich zwei Formulare besorgen, und zwar das Formular Nr. 1, das zur Anmeldung der Angestellten dient, und das Formular Nr. 7, das er zur Anmeldung der Arbeitsstätte (in diesem Falle des Haushalts) nötig hat. Auf dem letztgenannten Formular sind die Rubriken 1, 2 und 3 auszufüllen „Gospodarstwo domowe" (Haushalt). Bemerkt sei hier, daß auch der Hauswächter zum Hauspersonal zählt.

Besitzt der sein Hauspersonal anmeldende Arbeitgeber zum Beispiel einen Laden, eine Werkstatt oder ein anderes Unternehmen, so hat er — unabhängig von der Anmeldung des Haushalts — dieses besonders anzumelden.

Die Rubriken 4, 5, 6 und 7 auf dem Formular Nr. 7 brauchen nicht ausgefüllt zu werden, die Rubrik 8 nur in dem Falle, wenn der Arbeitgeber die Versicherungsanstalt darauf hinweisen will, wer in seinem Namen zur Unterzeichnung berechtigt ist. Es ist dann der Name der betreffenden Person, eventuell auch seine Funktion (zum Beispiel Hausverwalter) anzugeben.

Für jede Person, die im Haushalt angestellt ist, hat der Arbeitgeber das Formular Nr. 1 auszufüllen. In die erste Rubrik trägt er seinen vollen Namen ein, in die zweite seine Adresse und in der dritten vermerkt er wieder: „Gospodarstwo domowe". In der 4. Rubrik ist seine Adresse anzugeben, an die Zahlungsaufforderungen zu richten sind. Kann das Dienstmädchen oder der Hauswächter Angaben über seinen früheren Arbeitgeber machen, so sind diese in die entsprechenden Rubriken einzutragen; ist dies nicht der Fall (und das kommt häufig vor, da das Dienstmädchen oder der Hauswächter bei dem die Anmeldung vornehmenden Arbeitgeber schon mehrere Jahre beschäftigt sein kann), so werden diese Rubriken nicht ausgefüllt.

Im zweiten Teil des Formulars zur Anmeldung des Hauspersonals ist deutlich anzugeben: der Vor- und Zuname des Versicherten; wenn es sich um ein Dienstmädchen handelt, ist zu bemerken, ob es ständig im Dienst ist oder nur stundenweise kommt, ferner Datum und Ort der Geburt. Diese Rubriken müssen genau ausgefüllt werden, denn es handelt sich ja nicht nur um die Anmeldung zur Kranken-, sondern auch zur Emeritalversicherung. Wer falsche Daten angibt, führt die Versicherungsanstalt irre und hat die Verantwortung zu tragen, besonders dann, wenn die Daten Einfluß auf die Leistungen der Emeritalkasse haben sollten.

Die Beiträge für die im Haushalt beschäftigten Personen werden nach den Pauschallöhnen berechnet werden. Bisher sind aber noch keine pauschalierten Beitragssätze festgesetzt worden, so daß der Arbeitgeber in der 1. Rubrik des 3. Teiles des Anmeldeformulars die Höhe des Wochen- und Monatslohnes, den der Hausangestellte in barem Gelde erhält, anzugeben hat. Die Rubriken „dodatki" und „dochody od osób trzecich" brauchen nicht ausgefüllt zu werden. Die Sozialversicherungsanstalt verlangt von den Arbeitgebern auch nicht, daß sie die „Entschädigung in Naturalien" einzeln berechnen. Es genügt, die Art der Entschädigung in Naturalien anzugeben, ohne die Kosten der Wohnung, des Lichts, der Beheizung, Kleidung, Kost usw. anzuführen.

Beide Formulare (Nr. 1 und Nr. 7) hat der Arbeitgeber in einem der zeitweiligen Anmeldebüros, deren Adressen bereits bekanntgegeben worden sind, bis zum 31. Januar abzugeben.

Wojew. Posen

Gnesen

in. **Gefährlicher Messerheld.** Der deutsche Fleischerlehrling Wendland, der beim Fleischermeister Mielbradt beschäftigt ist, ging gestern abend mit einem Freunde die Lecha entlang. Plötzlich kamen aus dem Lokal „Gambrinus" zwei schwankende Gestalten heraus. Der eine belästigte den Begleiter des Wendland. Während sich der Begleiter umwandte, um sich des Angreifers zu erwehren, erhielt Wendland selber ganz unvermutet von dem zweiten der beiden Angreifer einen tiefen Messerstich in den Leib und wurde in einer Kraftdroschke ins Bethesda-Krankenhaus gebracht. Der Begleiter des Messerhelden konnte sofort gefaßt werden, während dieser selbst entkam. Auf der Polizei weigerte sich der Begleiter, seinen Genossen zu nennen. Infolgedessen konnte der Messerheld erst heute verhaftet werden. Der Zustand des W. ist ernst und gibt zu Besorgnissen Anlaß.

Krotoschin

Mit der Bratpfanne auf den Inkassenten. Der Inkassent einer Krotoschiner Firma verkaufte der Frau Matuszewska in Gostyn Ware auf Abschlagszahlung. Bei dieser Transaktion zeigte Frau M. zwar ihren ehrlichen Willen zur Zahlung der vereinbarten Raten. Als aber der Inkassent später kassieren wollte, jagte sie ihn kurzerhand aus der Wohnung, indem sie den Kopf des Inkassenten mit einer Bratpfanne „ratenweise" bearbeitete.

Inowrocław

z. **Seiner Frau die Nase abgebissen.** Ein tragischer Vorfall ereignete sich im Dorfe Modliborzyce. Dort weilte das Ehepaar Jasiński aus Bialyblot bei einer Familie zu Besuch. Plötzlich gerieten die beiden Ehegatten in einen so heftigen Streit, daß sich der Mann auf seine Frau stürzte und ihr die Nase abbiß. Man schaffte die bedauernswerte Frau, die für ihr ganze Leben unglücklich ist, ins Krankenhaus. Der Mann wurde der Gerichtsbehörde übergeben.

Jarotschin

fk. **Statistisches Allerlei.** Am 31. Dezember 1933 zählte Jarotschin 8695 ständige Einwohner, darunter 4189 männliche und 4506 weibliche, 200 zeitweilige und 26 Ausländer, so daß die Gesamteinwohnerzahl 8921 beträgt. Im Jahre 1933 zogen nach Jarotschin 1147 Personen (557 Männer und 590 Frauen) zu, es verzogen 993 Personen (478 Männer und 515 Frauen. Das Standesamt verzeichnete 182 Geburten, 48 Eheschließungen und 88 Todesfälle. Die Stadt besitzt ein Elektrizitätswerk und eine Gasanstalt, Kanalisation und ein Wasserwerk, ein Schlachthaus usw. Seit dem Umsturz 1918/19 sind 128 Häuser neuerbaut worden, so daß Jarotschin jetzt 570 zählen kann. Die Stadt besitzt 23 Kilometer 800 Meter Straßen, ein 15 Kilometer langes Kanalisationsnetz und 112 Kilometer Wasserleitung. Es gibt 433 Wasserkonsumenten, die durchschnittlich etwa 35 Liter Wasser verbrauchen. Die Beleuchtung der Stadt erfolgt durch 100 Lampen und kostet jährlich etwa 10 000 Zloty.

fk. **Versetzt.** Durch ein Dekret des Wojewoden wurde der hiesige Vertreter des Starosten, Referendar Fryza, nach dreijähriger Tätigkeit an das Starostwo Grodzkie nach Posen berufen. Referendar Leszczyński aus Posen wird seinen Platz in den nächsten Tagen hier einnehmen.

Kolmar

§ **Auszahlung der Unterstützungen für die Arbeitslosen.** Der Kreisausschuß gibt bekannt, daß das Ministerium für öffentliche Fürsorge angeordnet hat, daß ab Januar d. J. die Auszahlung der Unterstützungen für die Arbeitslosen in 14tägigen Abständen zu erfolgen hat. Die erste Auszahlung findet danach am 16. d. Mts. und die darauffolgenden Auszahlungen jeden zweiten Dienstag statt.

§ **Unerlaubter Waffenbesitz.** Wegen unerlaubten Waffenbesitzes hatte sich vor der Strafkammer des Bromberger Bezirksgerichts der 36jährige Landwirt Erich Sempf aus dem Kreise Kolmar zu verantworten. Bei dem Angeklagten wurde Anfang Mai v. J. von der Polizei ein Militärkarabiner vorgefunden, den dieser nicht angemeldet hatte. S. gibt vor Gericht an, daß er etwa am 15. April den bei ihm vorgefundenen Karabiner auf seiner Wiese gefunden habe. Es war seine Absicht, die Waffe sofort der Polizei anzumelden, da aber der nächste Posten etwa 7 Kilometer von seinem Wohnort entfernt sei und seine Frau inzwischen erkrankt sei, so wurde er aus diesem Grunde an der Ausübung seines Vorhabens gehindert. In der Zwischenzeit wurde ihm die Waffe von seinem eigenen Knecht Willy Luks entwendet, und als er diese zurückverlangte, forderte der Knecht von ihm 10 Zl. Schweigegeld, worauf S. jedoch nicht einging. Der Knecht rächte sich dann damit, daß er zur Polizei ging und gegen seinen Arbeitgeber Anzeige wegen der Waffe machte. Das Gericht erkannte nach durchgeführter Verhandlung den Angeklagten des Vergehens gegen das Waffengesetz für schuldig und verurteilte ihn zu einem Monat Arrest mit dreijährigem Strafaufschub.

Entlassener Gutsarbeiter vor Gericht

el. **Kolmar**, 23. Januar. Im August v. Js. war der Oberinspektor Dipl.-Landwirt Pieper vom Gute Podanin von dem entlassenen Gutsarbeiter Kaczmarek in der auf dem Gute befindlichen Notwohnung des letzteren, in die sich Pieper in Ausübung seiner Dienstpflichten begab, beim Eintritt in dieselbe mit einer Axt niedergeschlagen und so schwer am Kopfe verletzt worden, daß Pieper mehrere Tage besinnungslos war und einige Wochen im hiesigen Johanniter-Krankenhause zubringen mußte. Wir hatten über diesen Vorfall s. Zt. eingehend berichtet. Heute wurde dieser Fall neben anderen Strafsachen vor dem hiesigen Gericht verhandelt. Richter und Staatsanwalt waren hierzu vom Landgericht Posen gekommen. Der Verletzte hatte zwar zum Termin keine Vorladung erhalten, er war aber freiwillig erschienen und wurde dann auch zur Verhandlung aufgerufen und vernommen. Als der Verletzte bekundete, daß er beim Betreten der Wohnung sofort niedergeschlagen wurde und besinnungslos gewesen sei sich daher an nichts erinnern könne, fragte ihn der Richter, ob er betrunken gewesen wäre. Von den 5 geladenen und erschienenen Entlastungszeugen wurde nur ein Zeuge vernommen, der nichts wesentliches bekunden konnte, da er den Vorgang nicht beobachtet hatte. Der Staatsanwalt stellte keine Anträge; der Richter verkündete darauf den Freispruch des angeklagten Kaczmarek wegen mangelnder Beweise, da es auch möglich sei, daß sich der Verletzte die Kopfverletzung von dem in der Notwohnung befindlichen eisernen Ofen, auf den er gefallen sein mag, zugezogen haben könne. Wegen des mangelnden Beweises müsse zugunsten des Angeklagten geurteilt werden. Es sei noch bemerkt, daß der Verletzte ein völlig nüchterner und pflichteifriger Beamter ist.

Wreschen

× **Baukredite.** Das Komitee für den Ausbau der Stadt Wreschen gibt bekannt, daß das diesjährige der Stadt zugeteilte Kontingent für Baukredite 40 000 Zloty betragen wird. Der Kredit ist ausschließlich für den Bau kleinerer Wohnungen vorgesehen. Bei der Verteilung des Kredits werden diejenigen Personen bevorzugt, die im Verhältnis zur Höhe der Gesamtbaukosten den kleinsten Kredit beanspruchen. Das Maximum des Kredits für einen Bau beträgt 4000 Zl. und darf höchstens 50 Prozent der Baukosten ausmachen. Die Bauanleihe muß als erste Hypothek eingetragen werden. Anträge, denen ein Bauplan, Kostenanschlag und Auszug aus dem Grundbuch beigelegt werden müssen, nimmt das Komitee für den Ausbau der Stadt im Magistratsbüro entgegen.

Czarnikau

E. **Der deutsche Frauenverein** feierte am 20. Januar sein Winterfest in den Räumen des Bahnhofshotels. Das Fest war von Stadt und Land so stark besucht, daß alle Räume gefüllt waren. Ein lustiger Einakter, vom Jungmädchenverein gespielt, brachte die nötige fröhliche Stimmung hervor, und deutsche Volkstänze, ebenfalls vom Jungmädchenverein aufgeführt, fanden großen Beifall. Ein reich besetztes Büfett lud zu Erfrischungen ein. Be guter Musik vergnügte sich die Jugend im Tanz bis zum frühen Morgen.

E. **Spurlos verschwunden.** Seit etwa vierzehn Tagen ist die zwanzigjährige Ida Kiedrewska aus der Wronker Straße spurlos verschwunden. Sie entfernte sich am 6. Januar aus ihrer Wahnung und ist seither nicht mehr gesehen worden. Nachforschungen nach ihrem Verbleib waren bisher ergebnislos.

Ritschenwalde

p. **Einbruch in die Molkerei Ritschenwalde.** In der Nacht vom Sonntag zum Montag drangen Einbrecher in die hiesige Molkerei ein. Nachdem sie eine Fensterscheibe zertrümmert hatten, öffneten sie in der Käserei ein Fenster, mit einer Brechstange wurde die Buttereitür geöffnet. Als sie dort nichts vorfanden, ließen sie sich einen Teil der dort stehenden Sahne gut schmecken, und gingen dann daran, das Kontor aufzubrechen, als der im gegenüber liegenden Zimmer schlafende Erich Strutzberg erwachte und sofort Alarm schlug. Als nun Hilfe kam, waren die Einbrecher schon verschwunden. Sämtliche Türen waren von innen geöffnet. Eine Brechstange, ein Dietrich und eine Zaunlatte blieben am Tatort zurück. Bei dem letzten Pächter der Molkerei wurde dreimal eingebrochen, einmal erbeuteten die Einbrecher einen Radioapparat, das nächste Mal 3 Schweine und das dritte Mal ein Faß Butter. Glücklicherweise mußten sie diesmal ohne Beute abziehen. Es sind anscheinend immer dieselben, da die Spuren fast immer die gleichen sind. Hoffentlich gelingt es, die Burschen bald wieder hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Exin

§ **Hohe Auszeichnung.** Der Staatspräsident hat den Grafen Hutten-Czapski, Präsident des Malteser-Ordens, mit dem großen Band des Ordens „Polonja Restituta" ausgezeichnet.

§ **Jagdergebnis.** Bei einer Treibjagd auf dem Gelände des Herrn von Rost-Zalesie wurden von 10 Schützen 258 Hasen geschossen. Jagdkönig wurde Herrn von Rost mit 38 Hasen.

Wieder zwei deutsche Aerzte entlassen

Dirschau, 24. Januar. Dem Sanitätsrat Dr. Wickel und dem prakt. Arzt Dr. Braunert in Goßlershausen (Jabłonowo) ist die Krankenkassenpraxis entzogen worden. Dr. Braunert ist verheiratet und hat 5 Kinder zu ernähren. Bezeichnend ist die Tatsache, daß Dr. Braunert als einzigem der drei dort ansässigen Aerzte die Krankenkassenpraxis entzogen wurde.

Die „Deutsche Rundschau" bemerkt dazu: „Alle diese Maßnahmen werden von den Versicherungsbehörden damit begründet, die Wirtschaftsnot habe solche Ausmaße ergriffen, daß eine Einschränkung von seiten der Kassen dringend nötig sei. Im lebhaften Widerspruch zu dieser Behauptung steht die Tatsache, daß, nachdem man in Bromberg einer ganzen Reihe von deutschen Aerzten die Ausübung der Kassenpraxis entzogen hat, jetzt ein neuer polnischer Arzt mit der Ausübung einer solchen Praxis betraut wurde."

Einbrecher verurteilt

Thorn, 24. Januar. Die Einbrecher, die, wie wir seinerzeit gemeldet hatten, nach einem Einbruch in das Café „Europejska" verhaftet wurden, hatten sich nun vor Gericht zu verantworten. Alle drei bekannten sich zur Schuld. Die Einzelheiten in der Ausführung des Einbruchs haben sie, wie sie erklärten, aus dem „Tajny Detektyw" gelernt. Es handelt sich um einen Jan Winiarski, dem Sohn eines Wachtmeisters, einen Jan Wiśniewski, den Sohn eines Polizisten und einen Edmund Grzywarz. Alle drei gehörten dem „Strzelec"-Verband an. Die gestohlenen Gegenstände pflegten sie im Heim des Strzelec aufzubewahren. Das Gericht, das gestern zusammengetreten war, verurteilte Grzywarz und Winiarski zu einem viertel bzw. halben Jahre Gefängnis, Wiśniewski kam auf 3 Jahre ins Gefängnis.

Wildparadies Preussen

Göring schützt den deutschen Wild- und Waldbestand

Von Georg Hubertus.

Den Begriff des edlen Waidwerks kennen eigentlich nur die nordischen Staaten. In den romanischen Ländern kennt man weder Tierzucht noch -pflege, und Mussolini kämpft heute noch einen fast aussichtslosen Kampf gegen die grauenhafte Ausrottung der Singvögel in Italien. Waidgerechtes Jagen ist freien Mannes Recht in Deutschland immer schon gewesen. Ein Vorrecht der Freien, später leider nur der Adligen und Fürsten. Die unmenschlich harten Strafen für das Wildern waren nicht zuletzt die Ursache der Revolutionen. Wohl achtete die ungeschriebene Gesetzessammlung über Waidmannsbruch im Kreise der Jäger darauf, daß auch über den Rahmen der vielfältigen preußischen Jagdordnung hinaus das Wild geschützt und gepflegt wurde. Trotzdem aber konnten sich vor allen Dingen in der Nachkriegszeit üble Sitten einschleichen, die den Wildbestand Deutschlands in unerfreulicher Weise reduziert haben.

Die Einführung der landwirtschaftlichen Maschinen hat an und für sich schon den Bestand an niederem Wilde in unerhörtem Maße vermindert. Es gilt also schon deswegen mit doppelter Sorgfalt darüber zu wachen, daß das Wenige, was uns die Kriegs- und Revolutionsjahre noch ließen, erhalten bleibt. Ueble Sitten hatten sich vielfach herausgebildet. Da bauten Bauerngemeinden seit Generationen ihren Raps und andere Dinge, die das Wild gern frißt, ausgerechnet am Rande der großen Wildgehege adliger Herrschaften an, um dann das abzuschießen, was der Nachbar mit Mühe und Kosten großgezogen hatte. Da pachteten Schieber und Industriefirmen große Jagden, um dann ihren Kunden Gefälligkeiten durch den Abschuß eines kapitalen Bocks zu erweisen. Am schlimmsten aber räumten mit dem Wildbestand jene Pächter auf, deren Ehrgeiz es lediglich war und vielfach leider auch noch ist, einen Pachtbezirk kahl zu schießen. Nur zu häufig sind durch solche Methoden große Bezirke in Deutschland völlig wildleer geworden. Der Schreckenswinter 1928/29 tat auch noch ein übriges, um dem Wildbestand schwere Wunden zuzufügen.

Der preußische Ministerpräsident, selbst ein eifriger Jäger vor dem Herrn, nahm die Pflege des deutschen Waldes und Wildes in eigene Hand, um den Aufbau so konsequent und energisch als irgend möglich durchzuführen. Jeder Inhaber eines Jagdscheines (150 000 gibt es in Preußen) muß Mitglied der Fachschaft der Jäger werden. Eine Prüfung über den Gebrauch von Schußwaffen und über die Kenntnis waidmännischen Brauches überzeugt den Kreisjägermeister von der Eignung des sich um einen Jagdschein Bewerbenden. Der Kreisjägermeister ist seinerseits dem Provinzjägermeister und dieser wieder dem Landesjägermeister (alles Ehrenämter!) für die Durchführung aller Gesetze verantwortlich. Ganz Preußen wird nun nicht mehr nach reinen eigentumsrechtlichen, sondern nach waidmännischen Gesichtspunkten in Jagdbezirke aufgeteilt. Es darf nicht mehr sein, daß der Besitzer einer Lichtung im Walde, eines schmalen Ackerstreifens zwischen zwei guten Jagdrevieren auf seinem Eigentum abschießt, was ihm vor die Flinte kommt. Der Kreisjägermeister wird für die sachgemäße Abrundung von Jagdrevieren Sorge tragen.

Besondere Sorgfalt wendet das neue Gesetz der Aufzucht und Erhaltung des Wildbestandes zu. Die Reviere dürfen nur auf neun bzw. zwölf Jahre verpachtet werden. Schon damit allein übernimmt der Pächter aus eigenstem Antrieb die Sorge für die Erhaltung eines guten Bestandes. Der Kreisjägermeister darf aber den Abschuß jederzeit beschränken, wenn der Jagdpächter oder -besitzer zu rücksichtslos unter seinem Wildbestand aufräumt. Dies ist ja schließlich der innerste Sinn des Gesetzes: der deutsche Mensch soll wieder Freude haben an dem hundertfältigen Wildbestand, der seine Heimat belebt und sie erst schön macht. Darum werden unter Umständen Schonfristen von langjähriger Dauer über große Gebiete, ja über ganz Preußen, angesetzt werden, um gewisse besonders bedrohte Wildgattungen wieder sich vermehren zu lassen.

Im Gesetz selbst lesen wir nur von zwei großen dauernden Schongebieten, dem berühmten Elch-Revier in Ostpreußen und dem Robbenschutzgebiet in Schleswig-Holstein. Aber nicht nur dort sondern in der Provinz Brandenburg, in der Schorfheide und in Pommern im Darsser Wald, wird man riesige Tierschutzgebiete schaffen, in denen die letzten Reste aussterbenden Großwildes wie Elche, Wisente, Hirsche usw. eine Heimstätte finden werden. Die Pflege des Wildbestandes geht ja Hand in Hand mit den neuen Grundsätzen der Forstwirtschaft. Schon längst haben einsichtige Forstleute erkannt, daß die sinnlose rationale Aufforstung mit einzelnen Sorten den Boden sauer machte und den Schädlingen und Krankheiten Tür und Tor öffnete, ganz abgesehen davon, daß das Wild in den schnurgerade ausgerichteter Reihen öder Kiefer- und Fichtenwälder keinen Schutz mehr fand. Heute ist man wieder reumütig zum wildbehütenden Mischwald zurückgekehrt. Das kürzlich erlassene neue Forstgesetz hat auch den Wald unter den Schutz der Allgemeinheit gestellt und das sinnlose Abschlagen aus rein materiellen Interessen heraus unter Strafe gestellt.

Wenn also bei Verkündung des neuen Jagdgesetzes für Preußen, das in seiner einheitlichen Fassung eine Vielzahl von Jagdordnungen in den einzelnen Provinzen aufhebt, zugleich auch ein neues preußisches Forstkulturgesetz angekündigt wird, so ist das nur die Oeffnung eines weiten Blickfeldes, eine Planung, die in Generationen denkt und unseren Kindern und Enkeln wieder ein Deutschland schaffen möchte, in dem Wild und Wald nicht mehr großstadtferne Begriffe sind, sondern Dinge, die jedem Deutschen wieder ans Herz gewachsen sind. Freude an der Natur und Sinn für die Tier- und Pflanzenwelt mit all ihren unendlichen Eigenarten und ihrer tausendfältigen kleinen Schönheit verankerten einst im deutschen Menschen einen großen Teil all jener Eigenschaften, die wir spezifisch deutsch nennen. Sie zu wecken und ihnen neue Anhaltspunkte in Wald und Wild zu geben, ist darum eine eben so hohe wie edle Aufgabe im neuen Deutschland.

Skizze aus dem ostafrikanischen Busch

Amri ya mungu

Kleines Missverständnis auf engem Pfad mit einem Mohren

Es war ungefähr bald nach Beginn des Weltkrieges, als eine unserer Feldkompagnien mit vielen hundert Trägern von der Mittellandbahn in etwa vierzehntägigem Marsch durch recht unwirtliches Gebiet nach dem Norden unserer Kolonie marschierte. Unsere Lastenträger wanden sich in kilometerlangem Gänsemarsch hinter der Kompagnie durch den Dornbusch, auf sie verteilt zwei Gruppen schwarzer Soldaten, Askari, und am Schlusse ein berittener Europäer mit einigen Reserveträgern.

Bei dem langen Marsch in glutheißer Sonne verlor manch Negerlein seinen Patriotismus und sich selbst bei Gelegenheit im Busch. Das Bewachungspersonal nahm diese, im wilden Afrika schwer zu ersetzenden „Abgänge" ziemlich übel und billigte es durchaus, daß etwaigen wieder ergriffenen Ausreißern durch Befehl des Europäers fünfzehn Hiebe auf den Hosenboden erteilt wurden. Doppelt gibt, wer schnell gibt — das ist afrikanische Justiz!

Wieder dehnte sich der Marsch bis in den späten Nachmittag. Dornbusch, soweit das Auge reichte, und der nächste Lagerplatz noch mindestens zwei Stunden entfernt. Den beim Reiten in leichten Traumzustand versunkenen Europäer weckte der keuchend heranstürzende schwarze Unteroffizier Tegana. Gerade sei wieder ein pflichtvergessener Mohr auf Nimmerwiedersehen verschwunden, das ginge einfach nicht so weiter!

Der Offizier war durchaus der Meinung von Tegana und befahl, den Entlaufenen unter allen Umständen zu fangen, obwohl das bei dem Busch so gut wie aussichtslos war. Gehorsam nickte Tegana und verschwand nun seinerseits in der Wildnis.

Zur allgemeinen Ueberraschung tauchte er wahrhaftig nach kurzer Zeit wieder auf, einen heftig schnatternden Mohren hinter sich herschleifend. Der steht nun binnen kurzem vor dem Europäer, der in gerechter Entrüstung allen Wortschwall und Widerspruch sofort abschneidet und die bewußten fünfzehn Hiebe dem Missetäter zudiktiert. Mit dem stereotypen „amri ya mungu" (es ist Gottes Wille) läßt der Schwarze die Strafe aus Teganas Hand über sich ergehen und nimmt nun auch geduldig eine der besonders unbeliebten Zeltlasten beim Weitermarsch auf sich.

Einige Stunden später ist endlich die Wasserstelle erreicht, und bei einem kleinen Negerdorf geht die Kompagnie zur Ruhe über. Unter Aufsicht des Europäers tragen die Träger alle Lasten zusammen. Da steht der verfluchte Kerl von entlaufenem Träger schon wieder vor ihm mit ebenso aufgeregtem wie unverständlichem Geschnatter. Schon will der Offizier erneut die Schale seines Zorns über den Wollkopf entleeren, als dieser mit gewinnendem Entblößen seines Prachtgebisses ganz manierlich zu reden beginnt:

„Bwana (Herr), laß mich doch um Herrgottswillen nur mal zu Wort kommen! Ich gehöre ja gar nicht zu euch. Auf dem Wege zu meinem Bruder im Dorfe, aus dem ihr heute früh aufgebrochen seid, sehe ich euch kommen und verkrieche mich aus Ehrfurcht vor euch seitwärts im Busch. Plötzlich stürzt dieser Soldat auf mich zu, packt mich und schleppt mich vor euch. Du läßt mich gar nichts erklären, ich bekomme „fünfzehn" — haithuru — amri ya mungu! (na, wenn schon, es war Gottes Wille!). Darf ich nun meinen Bruder besuchen gehen, und kommen noch mehr der eurigen dieses Weges?"

Ohne eine Miene zu verziehen — aus Prestigegründen nämlich — gab der Europäer gönnerhaft die erbetene Erlaubnis.

Die Sprache als Ausdruck der Gesinnung

Von Dr. Tassilo Schultheiß.

Unter obigem Titel veröffentlicht das bekannte Sprachgenie Dr. Tassilo Schultheiß im „Völkischen Beobachter" eine sprachwissenschaftliche Studie, in welcher ganz neue Bezeichnungen für das tiefere Erfassen der Sprache zum Ausdruck gebracht werden, Ausführungen, die stärkste Beobachtung finden werden. Dr. Schultheiß lebte vor seiner Uebersiedlung nach Berlin viele Jahre in Posen, wo er zuletzt am Deutschen Privatgymnasium Unterricht erteilte.

Das nationalsozialistische Dritte Reich, das entschlossen ist, die seiner Art und der Art des deutschen Volkes entsprechende Kultur aufzubauen und mit eiserner Rücksichtslosigkeit alle Hindernisse zu beseitigen, die sich diesem grundsätzlichen Streben entgegenstellen wollen, muß auch den offiziellen Betrieb der Wissenschaft einer strengen Prüfung unterwerfen. Dem früher geübten Grundsatz, daß die Wissenschaft frei ist und sich um die öffentlichen Belange nicht zu kümmern habe, wenn sie unverfälscht bleiben wolle, stellt es die unbestreitbare Wahrheit gegenüber, daß die Wissenschaft ebenso wie alle Kultur den Lebensbedürfnissen des Volkes zu dienen hat.

Ein Wissenschaftsgebiet, dessen Wichtigkeit für die ihrem Aufbau entgegenharrende deutsche Kultur der Aufmerksamkeit der Maßgebenden noch gar zu sehr entgangen ist, ist die Wissenschaft von der Sprache. Von zunächst dringlicheren Aufgaben auf dem politischen und dem materiellen Gebiet voll in Anspruch genommen, hat man noch nicht entfernt geahnt, welche bisher ganz ungenützten Erkenntniskräfte hier in den Dienst der nationalen Festigung und der nationalen Arbeit gestellt werden können. Dieselbe grundsätzliche Wendung, deren Notwendigkeit man auf so vielen anderen Gebieten erkannt hat, ist auch bezüglich unserer Einstellung zu den Tatsachen der Sprache notwendig; nicht nur eine entschlossenere Anerkennung einzelner Werte unserer Muttersprache, sondern vor allem ein entschlossenerer Wille, das Ganze der Sprache mit den Augen zu sehen, die anderwärts schon lange gelernt haben, den Dingen auf den Grund zu schauen.

Die ältere Wissenschaft hatte in der Sprache im wesentlichen, und vielleicht zu einseitig, eine Anwendung der logischen Gesetze gesehen. Im liberalistischen Zeitalter war es üblich geworden, hiervon möglichst hörbar abzurücken, man liebte es nunmehr, die Sprache mit der Aesthetik zu verknüpfen.

Uns aber kann nur eine Anschauung genügen, die dem Rechnung trägt, daß die Sprache in ihrem besten Teil ein ethisches Wesen ist.

Es darf freilich bei diesem zunächst formelhaften Satz nicht sein Bewenden haben; die Grunderkenntnis vom ethischen Wesen der Sprache muß mit wissenschaftlicher Genauigkeit bewiesen werden, sie muß durch die Schule und durch alle Erziehung Gemeingut aller Deutschen werden, die denken können — und es darf keinen Deutschen geben, der die wichtigen Grunderkenntnisse, die sein Deutschtum betreffen, nicht denkend erfassen könnte. Das ist eine Aufgabe, der noch so manches entsagungsvolle Gelehrtenleben gewidmet werden muß. Die vom Vertrauen des Volkes getragenen Erziehungsbehörden dürfen an der Wichtigkeit dieser Aufgabe nicht vorübergehen.

*

Die Einstellung, die der Liberalismus zum Wesen der Sprache haben mußte, die spielerisch ästhetisierende Art, mit der man dem zwingend folgerichtigen Denken gern auswich, und die eine fast naturnotwendige Folge der geschäftigen Ungründlichkeit war, mit der der Liberalismus überhaupt gern seine Kulturarbeit betrieb, findet einen sehr bezeichnenden Ausdruck in einem Büchertitel, der im Jahre 1932 einer sprachwissenschaftlichen Neuerscheinung gegeben wurde: „Die Sprache als Bildnerin der Völker". Georg Schmidt-Rohr aus Frankfurt a. O. wollte in diesem Buch als endgültiges Ergebnis der Sprachwissenschaft die Erkenntnis hinstellen, daß die Sprache das Schicksal der Menschen sei, ihm erst seine geistige Form und damit seinen Inhalt gebe, ihn zum Angehörigen einer bestimmten Nation stempele; er zog daraus in breiten Ausführungen den Schluß, daß der deutschsprechende Jude ohne weiteres Deutscher sei. Daß diese Folgerung für uns auf keinen Fall tragbar ist, braucht nicht weiter auseinandergesetzt zu werden. Wer an die Sprache als an sein Schicksal glaubt, der kann sich zu unserer Ueberzeugung nicht bekennen, daß das Volk sein Schicksal selbst baut, es selbst bauen kann, weil der Wille des ethisch gerichteten Menschen frei ist. Die spielerisch veranlagten Seelen, denen auch die Sprache nur ein geistreiches Spiel ist, mögen für sich selber mit dem Glauben recht haben, daß die zufällige Beschaffenheit ihrer Sprache ihr Schicksal sei, sie sollen aber ihren Glauben nicht einem Volke aufdrängen. Ihnen mag die Sprache der tiefste Urgrund ihres Denkens sein, dem Menschen aber, der einen Willen sein eigen nennt und der sich der Tiefe und Freiheit alles wahren Willens bewußt ist, kann jene Auffassung immer nur lächerlich und oberflächlich erscheinen, er wird stets das wahre Wesen des Geistes weit hinter der Sprache erblicken, für ihn wird die Sprache niemals ein selbständiges Wesen für sich, sondern immer nur ein Werkzeug der wahrhaft wesentlichen Willensmeinungen des Geistes, dem ethischen Willen der Einzelpersönlichkeit und der über sie alle gebietenden Volkspersönlichkeit sein. Den flachen Geistern, den geborenen Liberalisten ist die Sprache ein Geschwätz, eine Oberflächenerscheinung, hinter der nichts weiter steht und die man intellektualistisch zerpflücken kann; dem bewußten Denker ist die Sprache ein Ausdrucksmittel ernster Ueberzeugungen. Hier müssen sich also die Geister scheiden. Und wenn es vielleicht richtig ist, daß in so mancher fremden Sprache ihrem Wesen nach ein nichtiger Gedanke Vollgewicht erlangt, wenn er nur gut ausgesprochen ist: für unsere Sprache darf das nicht gelten, wir müssen erkennen, daß von jeher, unserem eigenen Wesen entsprechend, das Wesen unserer Sprache gefordert hat, daß man nur das als echt deutsch anerkannte, was einer tiefen und echten Gesinnung Ausdruck verleiht, was von einer ganzen, Verantwortung kennenden Menschenseele getragen wird. „Ce qui n'est pas clair, n'est pas français"*), das ist ein stolzer Grundsatz unserer Nachbarn, der für ihre Sprache auch seine Richtigkeit haben mag. Für uns aber muß es heißen, daß nur das deutsch ist, was auf Echtheit, Ueberzeugung und wahre Gesinnung zurückgeht. Alles Halbe und Schwammige, das auch im sprachlichen Ausdruck nur halben Wert beanspruchen darf, sollten wir mit Entschiedenheit erst in zweiter Linie gelten lassen.

Wer die innere Notwendigkeit dieser Sätze begriffen hat, der muß zweierlei erkennen: Erstens, daß die Ueberschätzung der bloßen Form, das Sichschmücken mit dem Sprachplunder der anderen, die gerade in der Mode obenauf sind, der wahren Ehrfurcht vor der Heiligkeit der Sprache Platz machen muß — deutsche Leser und Hörer müssen mehr als jemals lernen, Weizen und Spreu zu unterscheiden, sie müssen in der Bewertung wahrer Sprachgesinnung kritisch geschult werden, und wer das fordert, den darf man nicht als müßigen Querulanten abtun; und zweitens, daß von hier aus die Möglichkeit einer neuen, reichen, von Grund auf deutschen Sprachwissenschaft gegeben ist, an deren Ausbau jetzt unverzüglich herangegangen werden muß.

---

*) „Was nicht klar ist, ist nicht französisch!"

Die Bilanz des ersten Fünfjahrplanes der Sowjetwirtschaft

Von Professor Dr. Auhagen, Berlin

In der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin hielt soeben der bekannte Russlandkenner Professor Dr. Auhagen, Berlin, einen Vortrag, in dem er sich mit den Erfolgen des ersten russischen Fünfjahresplanes befasste. Den interessanten Ausführungen, die auch grundsätzlich Bemerkenswertes über Monopolpolitik enthalten, entnehmen wir folgendes:

Mit seinen einheitlichen Zielsetzungen und seinem rücksichtslosen Zwange hat der Fünfjahrespian eine ungeheure Leistung vollbracht. Mit wahrer Wirtschaftlichkeit hat diese aber nur wenig zu tun. Die Privatinitiative, die eine grosse Volkswirtschaft in ihrer unübersehbaren Mannigfaltigkeit nicht ungestraft missen kann, ist in der Sowjetunion ausgeschaltet. Bei den Einzelmenschen fehlt in der Regel die Schwungkraft und die Stärke des inneren Antriebs, wie sie der Glaube an einen höheren Sinn des Lebens oder die Freude am ungefesselten Schaffen oder doch das Sorgen um die Zukunft der Kinder zu verleihen vermögen. Titanische Führernaturen, wie sie in der deutschen Wirtschaft mit unberechenbar hohem Nutzen für die Gesamtheit wirken, können auf sowjetrussischem Boden nicht wachsen.

Unbestreitbar ist der Erfolg des Fünfjahrplanes auf dem Gebiet der Industrie, die ihre Produktion in erstaunlichem Masse vermehrt hat. Die Riesenwerke, die in den letzten Jahren — grossenteils mit technischer Hilfe Deutschlands oder der USA — erbaut worden sind, übertreffen nach dem Gesamtwert des Anlagekapitals die ältere Industrie, und so erscheint es durchaus glaubwürdig, dass manche Zweige des Bergbaues und der Industrie ihre Produktion weit mehr als verdoppelt haben. Im ganzen ist die Erzeugung der Grossindustrie nach dem allerdings recht fragwürdigen Masstab des Rubels von 1928 bis 1932 um 119 Prozent gestiegen; das bedeutet nach amtlicher Berechnung eine Erfüllung des Fünfjahrplanes zu 93.7 Prozent. Hemmende Faktoren machten sich aber von Jahr zu Jahr stärker geltend, so dass die Jahreszunahme der Produktion, die zu Anfang der Periode fast 24 Prozent betrug, 1932 auf 8.5 Prozent sank. Nach dem zuverlässigeren Masstab der naturalen Mengen ist das Bild weniger günstig. Gerade wichtige Schlüsselindustrien, vor allem das Eisengewerbe, sind stark zurückgeblieben. Die Eisenhütten erfüllten den Plan nur zu 62 Prozent, die Stahlwerke zu 56.7 Prozent, die Kupferhütten zu 55.7 Prozent, die Zementindustrie zu 22.5 Prozent, die chemische Industrie zu 46.6 Prozent. Auch der Steinkohlenbergbau erreichte 1932 nur 85.9 Prozent von der Planziffer. Die Erzeugung elektrischen Stroms kam nur auf 61.4 Prozent. Gut schnitt dagegen von der Schwerindustrie die Erdölgewinnung mit einer Planerfüllung von 98.6 Prozent ab. Vor allem aber verzeichnet die Maschinenindustrie ein Ergebnis von 122.5 Prozent. Diese Ziffer ist wieder mit dem Rubel gemessen, wodurch sich vielleicht teilweise die Unstimmigkeit mit der viel geringeren Zunahme der Eisen- und Stahlproduktion erklärt.

In der Leichtindustrie, die hauptsächlich der Erzeugung von Gebrauchsgütern dient, ist das Ergebnis viel bescheidener. In der für die Kleidung des Volkes besonders wichtigen Baumwollindustrie ist die Produktion von 1928 bis 1932 sogar um 11.5 Prozent zurückgegangen. Der Mangel an Fabrikaten des Massenbedarfs ist von Jahr zu Jahr fühlbarer geworden, während der Fünfjahrplan zwar vor allem die Produktionsmittelindustrie entwickeln wollte, aber doch auch eine bessere Versorgung des Volkes mit Verbrauchsgütern anstrebte. Dass das Gegenteil eintrat, liegt nicht nur in der zu schwachen Zunahme der staatlichen Produktion begründet, sondern auch darin, dass der Fünfjahrplan das Kleingewerbe, die Hausindustrie und das Handwerk zum grössten Teil erdrückt hat.

Der industrielle Erfolg des Fünfjahrplans beschränkt sich im wesentlichen auf die quantitative Seite. Das innere Gefüge der Industrie ist noch sehr unbefriedigend. Mit der Arbeitsdisziplin stand es 1932 schlechter als 1927; die Autorität der Direktoren und Ingenieure wurde 1928 durch den Schachty-Prozess schwer erschüttert. Das Damoklesschwert, das sie bedroht, hindert an ruhigsachlicher Arbeit und verleitet zu schlechter Schein-Ausführung. Dazu der Mangel an qualifizierten Kräften, deren Heranbildung mit dem Tempo der Industrialisierung bei weitem nicht Schritt hielt. Und schliesslich ist noch der Ernährungskrise zu gedenken mit ihren nachteiligen Folgen auf Arbeitskraft und Arbeitslust. Im Kohlenbergbau des ukrainischen Donez-Beckens gingen in den ersten Monaten 1932 bei durchschnittlich 340 000 Arbeitern 240 000 ab und 290 000 wurden neu eingestellt. Arbeitsleistung und Qualität der Produktion lassen daher zu wünschen übrig; in der Baumwollweberei betrug 1932 der Ausschuss 25 Prozent. Der quantitative Erfolg wird durch die qualitative Verschlechterung zum bedeutsamen Teil aufgehoben.

Der technische Erfolg ist nicht gleichbedeutend mit dem wirtschaftlichen. Stellen schon die eben angeführten Mängel eine echte volkswirtschaftliche Rentabilität in Frage, so stehen bei manchen der neuen Riesenwerke Ertrag und Aufwand von vornherein in Missverhältnis zu einander (z. B. bei dem Hüttenwerk Magnitogorsk, das die Kohle für eine künftige Roheisenproduktion von 4 Mill. t aus dem 2400 km entfernten Kusnezk-Becken auf dem Schienenwege beziehen muss). Belastet wird die Gesamtrechnung der industriellen Neuschöpfung einstweilen auch dadurch, dass zu viele Bauten gleichzeitig in Angriff genommen sind, ihre Fertigstellung sich daher lange hinzieht und Jahre vergehen, ehe der ungeheure Aufwand zu einem Ertrage führt.

Der Finanzierungsplan ist daher nicht gelungen. Er beruhte darauf, dass die zu investierenden Milliarden grösstenteils aus den Gewinnen der Industrie aufgebracht werden sollten. Diese Gewinne sollten nicht durch Preissteigerung, sondern durch Senkung der Produktionskosten erzielt werden. Diese Senkung gelang aber schon in den ersten Jahren nicht, und in den beiden letzten stellte sich trotz der modernsten Maschinerie eine erhebliche Erhöhung der Produktionskosten ein. Der Ausgleich des Defizits wurde durch immer schärfere Herabdrückung des Lebensstandards des Volkes bewirkt.

Mögen aber die Mängel der Industrie noch so gross sein — Tatsache ist, dass die Sowjetunion über einen gewaltigen neuen Produktionsapparat verfügt, der schon heute einen sehr beachtlichen Faktor militärischer Kraft und politischer Macht darstellt. Es darf ferner nicht übersehen werden, dass auch in wirtschaftlich-qualitativer Hinsicht bei zwar im allgemeinen noch sehr unbefriedigender Lage gewisse fortschrittliche Tendenzen vorhanden sind. Die Regierung ist fortgesetzt bemüht, durch Verbesserung der Organisation und Arbeitsverfassung, durch zweckmässigere Lohnpolitik, auch durch terroristische Bekämpfung der Misstände zu reformieren. Das Tempo des zweiten Fünfjahrplans ist etwas verlangsamt, der Mangel an qualifizierten Kräften wird allmählich nachlassen, die vorhandenen Kräfte wachsen wenigstens teilweise in die neuen Aufgaben mehr und mehr hinein, und so kann schon jetzt festgestellt werden, dass manche der neuen Werke 1933 erheblich bessere Fabrikate herausgebracht haben als vor 2 oder 3 Jahren. Für Russland war die Industrialisierungspolitik eine Notwendigkeit; der Fehler des Fünfjahrplans — abgesehen von seinem extrem-marxistischen Charakter — lag in der Uebertreibung und Ueberstürzung. Daraus ergab sich eine ungeheuerliche Last für das Volk, die vor allem die 130 Millionen der bäuerlichen Bevölkerung zu tragen hatten.

Die Landwirtschaft ist durch die Politik des Fünfjahrplanes zerrüttet worden. Für die Beurteilung des Erfolges ist diese Tatsache von überragender Bedeutung, da die russische Volkswirtschaft immer noch hauptsächlich auf dem Ertrag des Bodens beruht; 70 Millionen arbeitsfähige Menschen auf dem Lande schaffen mehr volkswirtschaftlichen Neuwert als 7 Millionen in Industrie und Bergbau. Der Niedergang der Landwirtschaft ist vor allem auf die Sozialisierungspolitik zurückzuführen. Der sozialistische Betrieb widerspricht der Natur des [illegible]ern auch in Russland. Der grösste Teil der Bauern folgte dem Kollektivierungszwang nur mit Missmut oder Erbitterung. In der Landwirtschaft hängt aber von der inneren Einstellung des Menschen zu seiner Arbeit ganz besonders viel ab. An Getreide wurden 1931 und 1932 nur 7 dz vom Hektar geerntet, während der Fünfjahrplan durchschnittlich 9.5 dz, vom Kollektivland sogar 11.3 dz erzielen wollte. Eine grosse Zunahme hat die Anbaufläche von Baumwolle, Flachs und Zuckerrüben erfahren. Die Erträge waren aber sehr enttäuschend, da nicht genügend Arbeitskräfte für die Pflege und Aberntung der anspruchsvollen Kulturen vorhanden waren. Katastrophal waren die Wirkungen der Kollektivierung auf den Viehbestand. Vom Rindvieh waren im Frühjahr 1932 nur noch 41.4 Prozent, von den Schweinen 38.8 Prozent und von den Schafen 35.3 Prozent des Bestandes von 1928 vorhanden.

Der Bedarf des Volkes an Fleisch, Fett, Butter und Eiern kann heute nur zu einem Drittel befriedigt werden.

Der städtische Arbeiter ist für diese Lebensmittel zum grössten Teil auf den freien Markt mit seinen überaus hohen Preisen angewiesen. Für 1933 ist mit einer Getreideernte von durchschnittlich 8.8 dz vom Hektar zu rechnen. Dieser Fortschritt ist der Sowjetunion zu gönnen.

Stürmische Generalversammlung der Zyrardower Werke

O Bei der Generalversammlung der „Żyrardower Werke A.-G." standen den 32 Vertretern von 93 000 in französischem Besitz befindlichen Aktien 324 polnische Aktienbesitzer gegenüber, die 20 000 Aktien vertraten. Der Hauptaktionär, der Franzose Boussac, der zwar in Warschau weilte, ist zu den Verhandlungen nicht erschienen. Die polnische Gruppe richtete heftige Angriffe gegen den Vorstand und bemängelte die vorgelegte Bilanz, die mit einem Verlust von 2.3 Mill. zł abschliesst. Es wurde auf Antrag der Opposition die Auflösung der mit drei französischen Firmen geschlossenen Verträge beschlossen. Der Antrag, dass Aufsichtsrat und Vorstand zurücktreten sollen, wurde abgelehnt, worauf die polnischen Aktionäre die Versammlung demonstrativ verliessen. Sie beabsichtigen die Einberufung einer ausserordentlichen Generalversammlung zu beantragen. Vorstand und Aufsichtsrat blieben unverändert.

Die Behörden haben eine Revision der Bücher der Gesellschaft vornehmen lassen und der Firma wegen Nichtstempelung von Wechseln eine Strafe von 10 Mill. zł auferlegt.

Massnahmen zur Behebung der Landwirtschaftskrise in Litauen

O In Litauen beschäftigt man sich zurzeit erneut mit Möglichkeiten, die Krisenerscheinungen in der Landwirtschaft zu beheben. Vor einigen Tagen fand in Kowno eine Sitzung in der Landwirtschaftskammer statt, die die Aufgabe hatte, entsprechende Vorschläge zu machen. Es soll demnächst eine planmässige Hilfsaktion sämtlicher landwirtschaftlicher Institute und Banken einsetzen.

Der russische Getreideexport

O Seit dem 1. Juli, dem Beginn des neuen Landwirtschaftsjahres, ist der russische Getreideexport im Zusammenhang mit der besseren Ernte etwas gestiegen. Er erreichte in den Monaten Juli/November 1933 insgesamt 1.11 Mill. t gegenüber 0.79 Mill. im Juli/November 1932, was eine Zunahme um 0.32 Mill. t bedeutet. In den ersten elf Monaten 1933 ist der Getreideexport jedoch etwas geringer als im entsprechenden Zeitabschnitt des Jahres 1932, da im ersten Halbjahr 1933 infolge der schlechten Ernte von 1932 nur wenig Getreide zur Ausfuhr gelangt ist. Von dem in den ersten elf Monaten 1933 ausgeführten 1.46 Mill. t Getreide (Januar/November 1932: 1.54 Mill. t) entfallen 577 132 t (471 324 t) auf Weizen, 133 477 t (375 790 t) auf Roggen, 495 328 t (357 419 t) auf Gerste, 51 152 t (17 230 t) auf Hafer, 119 904 t (241 827 t) auf Mais, 17 326 t (32 315 t) auf Erbsen und 56 384 t (39 368 t) auf Linsen. Mithin hat die Ausfuhr von Weizen, Gerste, Hafer und Linsen zugenommen, während bei Roggen, Mais und Erbsen ein Exportrückgang zu verzeichnen ist.

Märkte

Getreide. Posen, 25. Januar. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty ir Station Poznań.

Transaktionspreise:

Roggen	930 to	14.7[illegible]
	30 to	14.70
	75 to	14.68½
	135 to	14.65
	15 to	14.60
Roggenkleie	30 to	10.25

Richtpreise:

Weizen	18.00—18.50
Roggen	14.50—14.75
Gerste, 695—705 g/l	14.50—14.75
Gerste, 675—685 g/l	14.00—14.25
Braugerste	15.25—16.00
Hafer	11.75—12.00
Roggenmehl (65%)	19.50—21.00
Weizenmehl (65%)	26.25—30.25
Weizenkleie	10.75—11.50
Weizenkleie (grob)	11.50—12.00
Roggenkleie	10.25—11.00
Winterraps	45.00—46.00
Sommerwicke	14.00—15.00
Peluschken	14.00—15.00
Viktoriaerbsen	23.00—26.00
Folgererbsen	20.00—23.00
Fabrikkartoffeln pro Kilo %	0.20½
Leinsamen	47.00—50.00
Seradella	13.00—14.00
Blaulupinen	6.50—7.50
Gelblupinen	9.00—10.00
Klee, rot	170.00—200.00
Klee, weiss	70.00—100.00
Klee, schwedisch	90.00—110.00
Klee, gelb, ohne Schalen	90.00—100.00
Klee, gelb in Schalen	30.00—35.00
Wundklee	90.00—110.00
Timothyklee	25.00—30.00
Raygras	44.00—50.00
Senf	33.00—35.00
Weizenstroh, lose	14.00—15.00
Blauer Mohn	49.00—54.00
Leinkuchen	18.50—19.50
Rapskuchen	15.25—15.75
Sonnenblumenkuchen	18.25—19.25
Sojaschrot	22.00—22.50

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Brau- und Mahlgerste, Weizen- und Roggenmehl ruhig, für Hafer schwach.

Gesamttendenz: ruhig.

Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 1235 t, Weizen 357.5 t, Gerste 195 t, Hafer 15 t, Roggenmehl 99.5 t, Weizenmehl 63.3 t, Roggenkleie 183 t, Weizenkleie 127 t, Gerstenkleie 5 t, Folgererbsen 30 t, Viktoriaerbsen 15 t, Rapskuchen 7.5 t, Leinkuchen 12 t, Senf 24.5 t, Rotklee 7.3 t, Sämereien 9.3 t, Peluschken 15 t, Leinsamen 2.5 t, Fabrikkartoffeln 90 t, Kartoffelmehl 15 t.

Bromberg, 25. Januar. Amtliche Notierungen für 100 kg frei Station Bromberg. Transaktionspreise: Roggenkleie 10 t 10.00. — Richtpreise: Weizen 18 bis 18.50, Roggen 14.50 bis 14.75, Braugerste 14.50—15.50, Mahlgerste 13.50—13.75 (ruhig), Hafer 12—12.25 (schwächer), Roggenmehl 65proz. 21.50—22.50, Weizenmehl 65% 30.50—32, Weizenkleie 10.25—10.75, grobe 11.25—11.75, Roggenkleie 9.75 bis 10.50, Winterraps 40—42, blaue Lupinen 5 bis 6, Serradella, neu 12.50—13.50, Viktoriaerbsen 21—25, Speiseerbsen 19—20, Folgererbsen 20—24, Felderbsen 16—17, Rapskuchen 15.60—16.50, blauer Mohn 50—53, Senf 32—34, Speisekartoffeln 3.50—4, Fabrikkartoffeln pro kg% 0.19, Wicke 12.50—13.50, Leinsamen 40—42, Leinkuchen 19—20, Sonnenblumenkuchen 19—20, Peluschken 12.50—13.50, Netzeheu, lose 6—6.50, gepresst 7—7.50, Roggenstroh, lose 1.25—1.50, gepresst 1.75 bis 2, Gelbklee, enthülst 90—100, Weissklee 70—90, Rotklee 160—200.

Gesamttendenz: ruhig. Gesamtumsatz: 1042 t.

Produktenbericht. Berlin, 24. Januar. Ruhiges Geschäft. Die Lage im Getreideverkehr hat sich nicht nennenswert gebessert, der Absatz gestaltet sich allgemein weiter schwierig. Die Mühlen nehmen nur im geringen Umfange sowohl an der Küste, als auch am Rhein Material auf, da sich das Mehlgeschäft nach wie vor auf den Absatz kleiner Posten beschränkt. Für Brotgetreide waren Preisveränderungen nicht zu verzeichnen. Hafer liegt bei reichlichem Angebot eher ruhiger, Gerste bleibt fast geschäftslos, lediglich feinste Sorten finden zu gedrückten Preisen Absatz. Exportscheine stetig, für Roggenexportscheine zeigt sich einiges Interesse.

Vieh und Fleisch. Berlin, 23. Januar. Amtlicher Bericht. Auftrieb: Rinder 1317, darunter Ochsen 299, Bullen 508, Kühe und Färsen 510, zum Schlachthof direkt 10, Auslandsrinder 29, Kälber 2507, Auslandskälber 31, Schafe 2524, zum Schlachthof direkt 37, Schweine 15 057, Auslandsschweine 329. Für 1 Zentner Lebendgewicht in RM. Rinder: Ochsen: vollfleischige ausgemästete, höchsten Schlachtwerts, jüngere 31—32, sonstige vollfleischige 27—30, fleischige 24—27, gering genährte 20—23; Bullen: jüngere vollfleischige, höchst. Schlachtwerts 28, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 25—27, fleischige 23—25, gering genährte 20—22; Kühe: sonstige vollfleischige oder gemästete 19—22, fleischige 14—17, gering genährte 10—13; Färsen (Kalbinnen): vollfleischige ausgemästete, höchsten Schlachtwerts 30, vollfleischige 26—28, fleischige 23—24, gering genährte 19—22; Fresser: mässig genährtes Jungvieh 16—20. Kälber: beste Mast- und Saugkälber 48—52, mittlere Mast- und Saugkälber 37—46, geringere Saugkälber 24—35, geringe Kälber 16—24. Lämmer, Hammel und Schafe: Stallmastlämmer 40—41, Stallmasthammel 37—39, mittlere Mastlämmer und ältere Masthammel 34—36, geringere Lämmer und Hammel 25—33, beste Schafe 30, mittlere Schafe 28—29, geringere Schafe 18—27. Schweine: Fettschweine über 300 Pfd. 50—52, vollfleischige von ca. 240—300 Pfd. 47—50 vollfleischige von ca. 200—240 Pfd. 44—46, vollfleischige von ca. 160—200 Pfd. 41—43, fleischige von ca. 120—160 Pfd. 36—38, Sauen 40—45. Marktverlauf: Bei Rindern ruhig, bei Kälber in guter Ware glatt, sonst mittelmässig, bei Schafen ziemlich glatt, bei Schweinen fette, schwere Ware glatt, sonst ruhig.

Posener Börse

Posen, 25. Januar. Es notierten: 5proz. Staatl. Konvert.-Anleihe 55.30 G, 4½proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 Dollar = 5.565 zł) 45 bis 45.50 G, 4½proz. Gold-Amortisations-Dollarbriefe d. Posener Landsch. 43 +, 4proz. Konvert.-Pfandbriefe der Posener Landschaft 40—40.50 +, 4½proz. Roggenbriefe der Posener Landschaft 41.50 G, Bank Polski 84 G. Tendenz: belebt.

G = Nachfr., B = Angeb., + = Geschäft, * = ohne Ums.

Danziger Börse

Danzig, 24. Januar. In Danziger Gulden wurden notiert für telegr. Auszahlungen: New York 1 Dollar 3.2068—3.2132, London 1 Pfund Sterling 16.05½—16.09½, Berlin 100 Reichsmark 121.38 bis 121.60, Warschau 100 Złoty 57.78—57.90, Zürich 100 Franken 99.50—99.70, Paris 100 Franken 20.17—20.21, Amsterdam 100 Gulden 206.54—206.96, Brüssel 100 Belga 71.53—71.67, Prag 100 Kronen 15.28½—15.31½, Stockholm 100 Kronen 83.80—83.96, Kopenhagen 100 Kronen 72.70—72.84, Oslo 100 Kronen 81.62 bis 81.78. Banknoten: 100 Złoty 57.81—57.92.

Warschauer Börse

Warschau, 24. Januar. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 5.53—5.54, Golddollar 8.95, Goldrubel 4.63—4.65, Tscherwonetz 1.20.

Amtlich nicht notierte Devisen: Berlin 210.10, Kopenhagen 121.30, Montreal 5.50.

1 Gramm Feingold = 5.9244 zł.

Effekten.

Es notierten: 3proz. Prämien-Bau-Anleihe (Serie I) 41, 4proz. Prämien-Dollar-Anleihe (Serie III) 51.60, 4proz. Prämien-Invest.-Anleihe 106.50—107, 4proz. Prämien-Invest.-Anleihe (Serie) 111.50, 5proz. Staatl. Konvert.-Anleihe 1924 55.50—56, 5proz. Eisenbahn-Konvert.-Anleihe 1926 51, 6proz. Dollar-Anleihe 1919 bis 1920 62.50—62.75, 7proz. Stabilisierungs-Anleihe 1927 57.25—56.50—56.63—62.25—57.38—57.

Bank Polski 84—84.25 (84.25), Lilpop 10.90—10.95 (10.95). Tendenz: behauptet.

Amtliche Devisenkurse

	24. 1 Geld	24. 1 Brief	23. 1 Geld	23. 1. Brief
Amsterdam	356.75	358.55	356.6[illegible]	358.45
Berlin *)	—	—	—	—
Brüssel	123.55	124.17	123.59	124.21
Kopenhagen	—	—	—	—
London	27.67	27.95	27.66	27.94
New York (Scheck)	5.51	5.57	5.51	5.57
Paris	34.81	34.99	34.80	34.98
Prag	26.31	26.4[illegible]	26.31	26.43
Italien	46.54	46.78	46.55	46.79
Oslo	139.15	140.55	—	—
Stockholm	142.85	144.25	142.80	144.20
Danzig	172.44	173.30	172.47	173.33
Zürich	171.69	172.55	171.79	172.65

Tendenz: wenig verändert.

Berliner Börse

Börsenstimmungsbild. Berlin, 25. Jan. Tendenz: nachgebend. Infolge der Geschäftslosigkeit, die auch heute weiter anhält, blieben die vorliegenden Berichte des Instituts für Konjunkturforschung sowie des Statistischen Reichsamts, die durchaus günstige Prognosen enthalten, ohne Einfluss auf die Kursgestaltung. Bei kleinsten Abgaben bröckelten die Kurse bis zu etwa 1% ab. AEG verloren ⅛%, RWE ¼%, von Montanwerten lagen Harpener ⅜%, Gelsenkirchen ⅝% und Mannesmann ¾% unter Vortagsschluss. Stärker gedrückt waren Siemens mit minus 1¼% und Reichsbank, die den anfänglichen Verlust von 1¼% später um ½% erhöhten. Fester waren Farben um ¼%, auch Atlanten kamen 1⅛% höher heraus. Renten lagen ruhig. Altbesitz plus ⅛%, Neubesitz unverändert, Tagesgeld nannte man zunächst unverändert.

Amtliche Devisenkurse

	24.1. Geld	24. 1. Brief	23. 1. Geld	23. 1. Brief
Bukarest	2.488	2.492	2.488	2.492
London	13.09	13.12	13.09	13.12
New York	2.617	2.623	2.617	2.623
Amsterdam	168.58	168.92	168.58	168.62
Brüssel	58.29	58.41	58.34	58.46
Budapest	—	—	—	—
Danzig	81.42	81.58	81.42	81.58
Helsingfors	5.794	5.806	5.794	5.806
Rom	21.98	22.02	21.98	22.02
Jugoslawien	5.664	5.676	5.664	5.676
Kaunas (Kowno)	41.61	41.69	41.81	41.89
Kopenhagen	58.49	58.61	58.49	58.61
Lissabon	11.94	11.96	11.94	11.96
Oslo	65.78	65.92	65.78	65.92
Paris	16.44	16.48	16.44	16.48
Prag	12.465	12.485	12.475	12.495
Schweiz	81.10	81.26	81.10	81.26
Sofia	3.047	3.053	3.047	3.053
Spanien	33.77	33.83	34.72	34.78
Stockholm	67.53	67.67	67.53	67.57
Wien	47.20	47.30	47.20	47.30
Talinn	71.93	72.07	71.93	72.07
Riga	80.02	80.18	80.02	80.18

Ostdevisen. Berlin, 24. Januar. Auszahlung Posen 47.10—47.30, Auszahlung Warschau 47.10 bis 47.30, Auszahlung Kattowitz 47.10—47.30; polnische Noten 46.90—47.30.

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Alexander Jursch. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. Druck und Verlag: Concordia Sp. Akc., Drukarnia i wydawnictwo. Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.

Am Dienstag, dem 23. d. Mts., nachts $11^{1}/_{2}$ Uhr verstarb nach kurzem, schwerem Leiden meine innig-geliebte, unvergessliche Gattin, unsere herzensgute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Maria Michałowska

geb. Fenske

im Alter von 59 Jahren.

Im Namen der Trauernden
Eduard Michałowski.

Posen, Tütz, Berlin, 25. Januar 1934.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 27. d. Mts., um 4 Uhr von der Leichenhalle des kath. Friedhofes in Dembsen aus statt.

Rohbilanz
per 31. Dezember 1933.

Bank für Handel und Gewerbe Poznań — Poznański Bank dla handlu i przemysłu, Spółka Akcyjna.

Aktiva: Kasse und Guthaben bei Bank Polski, P. K. O. und Bank Gospodarstwa Krajowego zł 480.608.59; Sorten zł 22.893.46; Eigene Wertpapiere: a) Staatsanleihen zł 30.815.62, b) Schuldverschreibungen zł 141.360.91, c) Aktien zł 194.565.35, zusammen zł 366.741.88; Anteile zł 491.257.32; Inländische Banken zł 40.370.90; Ausländische Banken zł 138.796.51; Diskontierte Wechsel zł 2.099.394.74; Konto-Korrent-Debitoren: a) gedeckte zł 8.547.281.35, b) ungedeckte zł 980.125.02, zusammen zł 9 527.406.37; Immobilien zł 42.200.—; Verschiedene Rechnungen zł 235.976.29; Kosten, Kursdifferenzen usw. zł 1.001.936.91; Filialen zł 1.577.242.64; Bilanzsumme zł 16.024.825.61.

Passiva: Aktienkapital zł 2.000.000.—, Reserven zł 314.712.70, zusammen zł 2.314.712.70; Einlagen: a) befristete zł 4.308.500.16, b) unbefristete zł 1.917.336.88, zusammen zł 6.225.837.04; Konto-Korrent-Kreditoren zł 2.533.070.05; Inkassoverpflichtungen zł 2.754.23; Rediskontierte Wechsel zł 529.504.90; Inländische Banken zł 1.063.771.11; Ausländische Banken zł 209.661.80; Verschiedene Rechnungen zł 541.781.95; Zinsen, Provisionen und andere Gewinne zł 1.026.489.19; Filialen zł 1.577.242.64; Bilanzsumme zł 16.024.825.61, Bürgschaften zł 163.406.—; Inkasso zł 1.057.825.82.

BILANS SUROWY BANKU CUKROWNICTWA SP. AKC. W POZNANIU
na dzień 31-go grudnia 1933 r

STAN CZYNNY

Pozycja		zł	gr
Kasa sumy do dyspozycji w Banku Polskim, P. K. O. i Banku Gospodarstwa Krajowego..		11.198.380	08
Waluty zagraniczne		52.383	26
Papiery wartościowe własne:			
a) bilety skarb. ..	250.000,—		
b) pożyczki państwowe	6.261,05		
c) akcje	982.412,81	1.238.673	86
Udziały i akcje w przedsiębiorstwach konsorcjalnych		3.376.406	17
Papiery wartościowe ustawowego kapitału zapasowego		2.420.527	06
Banki Loro:			
a) krajowe	333.741,82		
b) zagraniczne ...	1.648.564,51	1.982.306	33
Banki Nostro:			
a) krajowe	457.824,96		
b) zagraniczne ...	598.994,42	1.056.819	38
Weksle zdyskontowane:			
a) cukrowni......	21.539.795,08		
b) różnych.......	4.414.927,26	25.954.722	34
Rachunki bieżące (salda debetowe)			
a) cukrowni:			
1. zabezpieczone.	27.662.496,08		
2. niezabezpiecz.	—		
3. kredyty zbiorowe........	17 007.155,59		
b) różnych:			
1. zabezpieczone.	6.628.392,33		
2. niezabezpiecz.	337.251,19	51.635.295	19
Pożyczki terminowe (hipoteki).		457.402	—
Nieruchomości		3.761.445	88
Ruchomości		598.396	21
Koszty handlowe		4.024.829	29
Podatki....................		188.000	61
Rachunki Oddziałów		16.449.444	01
Różne rachunki		1.240.537	67
Odbiorcy:			
a) krajowi odbiorcy cukru.........	6.025.424,40		
b) zagr. odbiorcy cukru.........	129.674,17		
c) odbiorcy towarów:			
1. cukrownie ...	525,41		
2. różni	26.019,86	6.181.643	84
Dostawcy towarów:		3.000.917	41
Suma bilansowa:		134.818.130	59
Udzielone gwarancje:			
a) za cukrownie ..	20.426.733,72		
b) za różnych	567.868,32	20.994.602	04
Inkaso		2.533.420	17
		158.346.152	80

STAN BIERNY

Pozycja		zł	gr
Kapitały własne:			
a) zakładowy	12.000.000,—		
b) zapasowy	4.100.000,—		
c) inne rezerwy...	2.235.000,—		
d) fundusz amortyzacyjny	331.921,34	18.666.921	34
Wkłady:			
a) terminowe	12.001.723,51		
b) à vista	7.105.055,70	19.106.779	21
Rachunki bieżące (salda kredytowe):			
a) cukrowni......	9.777.627,60		
b) różnych.......	2.538.643,80	12.316.271	40
Zobowiązania inkasowe		139.075	48
Redyskonto weksli:			
a) w kraju	21.499.848,07		
b) zagranicą	437.567,13	21.937.415	20
Banki Loro:			
a) krajowe	16.725,15		
b) zagraniczne ...	28.927,43	45.652	58
Banki Nostro:			
a) krajowe	5.000,—		
b) zagraniczne:			
1. Kredyty bankowe	4.507.448,35		
2. Kred. zb. dla Przem. Cukr.	17.007.155,59	21.519.603	94
Procenty i prowizje		5.357.503	77
Rachunki Oddziałów		16.190.231	98
Różne rachunki		3.132.886	51
Odbiorcy:			
a) kraj. odbiorcy cukru.........	2.382.863,67		
b) zagr. odbiorcy cukru.........	157.782,21		
c) odbiorcy towarów:			
1. cukrownie ...	1.030.954.12		
2. różni	275.442.74	3.847.042	74
Dostawcy:			
a) cukrownie za dostarczony cukier:			
1. na rynek wewnętrzny.....	9.792.930,45		
2. da rynek eksportowy	1.174.682,71		
b) dostawcy tow..	685.590,91	11.653.204	07
Zyski z lat ubiegłych		905.542	37
Suma bilansowa: ...		134.818.130	59
Wierzyciele z tyt. udzielonych gwarancyj		20.994.602	04
Różni za inkaso		2.533.420	17
		158.346.152	80

Gottesdienstordnung für die katholischen Deutschen

Vom 27. Januar bis 3. Februar 1934.

Sonnabend, 5 Uhr: Beichtgelegenheit. Sonntag, 7.30 Uhr: Beichtgelegenheit 9 Uhr: Predigt und Amt; 3 Uhr: Vesper, Predigt und hl. Segen. Montag, 7 Uhr: Gesellenverein. Donnerstag, 5 Uhr: Beichtgelegenheit. Freitag, Fest Mariae Lichtmeß, 7.30 Uhr: Beichtgelegenheit; 9 Uhr: Predigt und Amt; 3 Uhr: Vesper, hl. Segen und Andacht des leb. Rosenkranzes.

Kleine Anzeigen

Überschriftswort (fett) ———— 20 Groschen
jedes weitere Wort ———— 12 „
Stellengesuche pro Wort ———— 10 „
Offertengebühr für chiffrierte Anzeigen 50 „

Eine Anzeige höchstens 50 Worte
Annahme täglich bis 11 Uhr vormittags.
Chiffrebriefe werden übernommen und nur gegen Vorweisung des Offertenscheines ausgefolgt.